

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. in die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Ordnungssinn.

Ordnung ist Schönheit. Schau die Natur an, diese Lehrmeisterin wahrer Schönheit. Warum erfreut sie Auge und Herz mit zahllosen Reizen und Lieblichkeitsformen? Weil alles zusammenpaßt, weil Harmonie herrscht. So ist es in allen Künsten. Nimm die Ordnung hinweg aus der Musik, und die wundervollen Weisen, die das Ohr berauschen mit süßem Wohlklang, werden zu einem unerträglichen Lärm. Nimm die Ordnung zwischen den Farben, und die schöne Eingliederung der verschiedensten Gegenstände hinweg aus der Malerei, und das Bild beleidigt dein Auge und dein Gefühl, so daß du es nicht anschauen magst.

Ordnung ist Tugend. Wenn Ordnung herrscht in deinem Leben, daß du alles zur rechten Zeit, am rechten Orte, in der rechten Weise, in der rechten Absicht tust, dann ist dein Leben gut. Wenn Ordnung herrscht in deinem Herzen, so daß du ein jedes so liebst und so suchst, wie es verdient: zuerst Gott, dann das Ewige mehr als das Zeitliche, Leben, Gesundheit mehr als Geld und Gut — kurz alles in geordneter Reihenfolge, dann ist dein Herz tugendhaft.

Nun kann man alles übertreiben, auch die Ordnung, und dann wird die schöne Tugend zu einem lästigen Fehler, den man Pedanterie nennt. Man könnte es überlesen mit Kleinigkeitstrümerei. Wer die Ordnung im Kleinen und Kleinsten ängstlich oder eigenstümmig sucht, wer alles über einen Kamm schert und nie eine Ausnahme von der Regel machen will, wer in der Gleichmäßigkeit erstarbt wie eine Maschine, der ist ein Pedant und ein Pedant macht immer den Fehler, daß er die Sache selbst über Auserlichkeiten vergißt und das Große über dem Kleinen vernachlässigt. Mit der Ordnung soll eine vernünftige Freiheit und angenehme Abwechslung sich vertragen. Die Ordnung soll herrschen, aber nicht wie eine Tyrannin, sie soll Gesetz sein, aber nicht erdrückende Fessel.

(Aus „Blätter der Freude“ von Dr. A. Wibel.)

Auf zur Agitation unter den Jugendlichen!

In der im Verbandsorgan gepflogenen öffentlichen Debatte vor unserm diesjährigen Verbandsstag hat die Jugendfrage den breitesten Spielraum eingenommen. In lückenloser Einmütigkeit waren sich alle Kollegen die das Wort nahmen, darin einig, daß zur Gewinnung der heranwachsenden Generation das Äußerste getan werden müsse, weil die Zukunft unserer Bewegung zum großen Teil davon abhängig ist. Die Jugend muß uns den Hauptresonanzboden für eine erfolgreiche Agitation abgeben und sie wird uns auch überzeugte Kerntruppen stellen, wenn wir das Gebiet richtig und beharrlich zu bearbeiten verstehen.

Gewiß soll die Werbearbeit unter den erwachsenen Berufsangehörigen deshalb nicht lässiger betrieben werden. Das eine ihr und das andere nicht lassen, muß auch hier praktische Geltung haben. Unter den gegebenen Umständen verspricht uns die Werbearbeit unter den jungen Kollegen aber den nachhaltigsten Erfolg. Unsere Deutsche Bevölkerung steigt jährlich um etwa 900.000 Köpfe, die zum größten Teil in der Industrie ihre Existenz suchen müssen. Und von diesen kommt wieder ein beträchtlicher Prozentsatz in die Metallindustrie, die von allen Gewerbezweigen am ausdehnungsfähigsten ist. Von den Tausenden von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, die alljährlich in unseren Beruf eintreten, sind die Mehrzahl aber zweifellos, da sie direkt aus Schule und Elternhaus kommen, noch christlicher Ueberzeugung. Sie gehören zu uns und sie kommen zu uns, wenn es uns gelingt, ihnen frühzeitig den richtigen Weg zu zeigen, den sie als Christlich-gewinnende zu gehen haben.

Diese Gedanken sind nicht neu, sie sind schon öfter an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht worden. Auf die große Bedeutung der Jugendfrage ist besonders nachdrücklich in der vorher schon erwähnten öffentlichen Diskussion zum Verbandsstag hingewiesen worden. Nicht minder ist dies auf dem Verbandsstag in Duisburg selbst geschehen, wo die Frage eingehend und von sachkundigen Rednern behandelt wurde. Im Referat des Kollegen Strunz-Essen wurden aber auch die vielen und erheblichen Schwierigkeiten in Rechnung gestellt, die sich unserer Agitationsarbeit unter den Jugendlichen entgegenstellen. Gerade wir christlichen Gewerkschafter haben hier mit besonders gearteten Schwierigkeiten zu rechnen, die z. B. für die sozialdemokratische Jugendagitation nicht in Betracht kommen. Auf der andern Seite stehen uns aber auch wieder Hilfskräfte zur Verfügung, die andern Richtungen fehlen, die uns aber wesentliche Dienste leisten können, wenn sie in der richtigen Weise unseren Bestrebungen nutzbar gemacht werden. Es sei in diesem Zusammenhang vornehmlich hingewiesen auf eine richtige Arbeitsteilung zwischen konfessionellen Jugendvereinigungen und christlichen Gewerkschaften und auf ein gegenseitiges Handlungshandarbeiten dieser Korporationen, wie es z. B. auch zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften zum besten beider Teile praktisch gehandhabt wird.

Wägt man so die vorhandenen Schwierigkeiten und Ausbreitungsmöglichkeiten gegeneinander ab, so können wir doch mit guter Aussicht auf Erfolg an die Jugendarbeit herantreten. Schwierigkeiten und Hindernisse sind übrigens aber auch dafür da, um überwinden zu werden, und so soll es auch in dieser Frage in unserer Gewerkschaftsarbeit sein. Von diesem Standpunkt aus hat auch die Duisburger Generalversammlung nach eingehender Behandlung der wichtigen Frage ihre Direktiven gegeben. Auf der ganzen Verbandslinie, in jeder, auch der kleinsten Zahlstelle, soll mit einer energiegelichen und nachhaltigen Agitation unter den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern eingesetzt werden. Worte und schöne Redensarten sind genug gewechselt, jetzt heißt es praktische Arbeit leisten.

Die Zentralleitung des Verbandes hat inzwischen den ihr von der Generalversammlung gewordenen Auftrag ausgeführt und die nötigen Unterlagen für die Jugendagitation geschaffen. Das entsprechende Material mit den diesbezüglichen Anweisungen ist den Ortsverwaltungen zugegangen, so daß jetzt überall mit der Arbeit sofort eingesetzt werden kann. Warten und Zögern darf es nirgends geben. Aus verschiedenen Bezirken wurde schon von schönen Erfolgen berichtet. Zwei Zahlstellen im Westen Deutschlands haben z. B. in einigen Wochen Jugendabteilungen von je 40 Mitgliedern auf die Beine gebracht. Gewiß ein Zeichen, daß rührige Arbeit auch von Erfolg gekrönt ist.

Wo und wie mit der Agitation unter den Jugendlichen einzusetzen ist, das läßt sich nicht schematisieren; dies muß sich den örtlichen und beruflichen Verhältnissen anpassen. Einige allgemeine Winke können aber doch an dieser Stelle gegeben werden.

Vor allen Dingen müssen einmal unsere älteren Kollegen ihre eigenen Söhne oder Brüder unserer Jugendabteilung zuführen. Auf diese Art und Weise wird sich wohl in allen Zahlstellen ein Stamm von jugendlichen Mitkämpfern zusammenfinden.

Dann ist die persönliche Kleingitation von Mund zu Mund fortwährend zu betreiben, sei es auf Grund von Verbindungen im Arbeitsverhältnis oder von verwandtschaftlichen oder gesellschaftlichen Verhältnissen aus. — Wo wir auf diese Weise nicht an die jungen Kollegen herankommen, müssen wir den Weg der Hausagitation einschlagen. Hier kommen dieselben Vorarbeiten in Betracht wie bei der Hausagitation unter den Erwachsenen. Vielleicht wird es möglich sein, beide gleich-

zeitig mit einander zu verbinden. Nun an die praktische Arbeit:

Zuerst Adressen sammeln, dann Bezirke einteilen und die Hausagitatoren los schicken. In der Jugendagitation wird dieser Weg besonders zu empfehlen sein, weil dabei eine Aussprache und Einwirkung auf die Eltern erfolgen kann, die bei der Jugend doch das erste und letzte Wort zu reden und zu entscheiden haben. Haben wir aber erst die Eltern, dann haben wir auch die Jungen für uns gewonnen.

Wo es möglich ist, soll auch Verbindung mit den konfessionellen Jugendvereinen gesucht werden. Eine gegenseitige Unterstützung muß hier angestrebt werden, weil es im beiderseitigen Interesse liegt. Für Vorträge in konfessionellen Jugendvereinen sind aber nur geeignete Redner zu verwenden, da sonst der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden könnte. Vor allen Dingen müssen sich unsere Kollegen hüten, durch Uebereifer in der Agitation in den konfessionellen Vereinen mehr zu verderben als sie wieder gut machen können. Die große Mehrzahl der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter steht übrigens auch außerhalb der konfessionellen Jugendvereine; auf diese vollständig Indifferenten müssen wir in erster Linie unsere Tätigkeit erstrecken.

Die hier gegebenen Fingerzeige sind, wie gesagt, nur allgemeiner Natur, sie geben nur einige allgemeine Richtlinien, die eben vom Standpunkt der jeweiligen örtlichen Verhältnisse ergänzt, resp. geändert zur Anwendung gelangen müssen.

Wägen jetzt alle Zahlstellen mit selbstem Arbeitseifer an die praktische Arbeit herantreten. Am Schluß des Quartals wäre es angebracht, über die Arbeit und erzielten Erfolge an die Verbandsleitung zu berichten. Über die beste Art der Agitation könnte auf Grund der zu sammelnden Erfahrungen ein Meinungsaustausch herbeigeführt werden; ob das im Verbandsorgan oder durch Rundschreiben erfolgt, kann später noch entschieden werden. Jetzt heißt es mit allen verfügbaren Kräften an die Arbeit heran. Die Situation ist günstig für uns, nutzen wir sie in der richtigen Weise aus. Unser sei die Jugend, unser die Zukunft!

Zur Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist leider nicht einheitlich gestaltet. Ihre Stoßkraft erwies sich, wenn sie planmäßiger und geschlossener vorging, zweifellos viel wichtiger und die eigentliche Gewerkschaftsarbeit könnte mit noch größeren Erfolgen gekrönt sein.

Unsere Arbeiterbewegung in Deutschland stellt ein getreues Spiegelbild der großen durch unser Volk ziehenden Geistesströmungen dar. Die Verschiedenartigkeit der Weltanschauung bringt auch ganz naturgemäß unter den Arbeitern eine abweichende Haltung bei der Förderung ihrer Standes- und Berufsinteressen mit sich. In dieser Hinsicht will besonders die Sozialdemokratie beachtet sein. Sie hat einen großen Teil der Arbeiterkraft an sich gerissen. Sie hat sich auch der wirtschaftlichen Organisation, der sogenannten „freien“ Gewerkschaften bemächtigt und diesen den Stempel sozialistischer Welt-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgedrückt.

Aus dieser Tatsache ergibt sich folgerichtig die Berechtigung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Diese Tatsache mußte von keinem geringeren als Professor Schmibt, dem Verfechter der „Einheitsidee“, der den christlichen Gewerkschaften nicht allzu hoch gegenüber steht, anerkannt werden. Daß die christlichen Arbeiter gezwungen waren — auf dem Breslauer Kongress sprach er es aus — eigene Organisationen zu gründen, nachdem sie von den freien Gewerkschaften abgelehnt wurden.

Die christlichen Gewerkschaften sind politisch neutral, d. h., ihre einzelnen Mitglieder betätigen sich zwar politisch, aber außerhalb der Berufsvereinigungen in derjenigen bürgerlichen Partei, die ihnen am besten zusagt und zu der sie sich am meisten hingezogen fühlen. Die Gewerkschaft als solche überläßt die Entscheidung vollständig dem Ermessen des Einzelmitgliedes.

Sie sind interkonfessionell; damit wollen die christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck bringen, daß die religiöse Ueberzeugung des Einzelnen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch geachtet und respektiert werden muß. Insofern sind sie also auch in religiöser Hinsicht neutral; sie wollen aber diese religiöse Neutralität nicht als religionslos oder religiös indifferent aufgefaßt wissen. Nur Unkenntnis oder Bosheit können ihrer religiösen Neutralität verachtliche Motive unterstellen. Die christlichen Gewerkschaften anerkennen sowohl praktisch wie auch theoretisch das christliche Grundgesetz. Sie sehen gerade hierin die Begründung der Ursprung ihrer Ueberlegenheit gegenüber den Klassenkämpferischen Organisationen. Hieraus schrieben sie sich, stützend auf christlicher Grundlage, die schärfsten durchschlagendsten Waffen zur Erklämpfung einer dauernden Gleichberechtigung des Arbeiterstandes.

Die christlichen Gewerkschaften halten aber auch mit aller Zähigkeit an dem nationalen Gedanken fest, der uns groß und stark gemacht; sie wissen ihn jederzeit zu würdigen und scheuen sich nicht, denjenigen, die ihn glauben verächtlich machen zu müssen, entgegenzutreten.

In diesen charakteristischen Merkmalen der christlichen Gewerkschaften sind teilweise sehr beachtenswerte Momente zu finden. Es zeigen sich dabei selbst Berührungspunkte zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, zum Teil gemeinsame Interessen; welche eine Verständigung eher ermöglichen und die Klassengegenstände abschwächen können. Infolgedessen haben auch die christlichen Gewerkschaften gegenüber den sozialdemokratischen, antinationalen und Klassenkämpferischen Organisationen, bei der Durchführung ihrer gewerkschaftlichen und sozialen Aufgaben einen erheblich bessern Resonanzboden. Die Sympathie der öffentlichen Meinung, das steht nachweislich fest, läßt sich deshalb für die Arbeiterbewegung viel eher gewinnen, wenn christlich-nationale Arbeiter daran beteiligt sind. Erinnert sei die Arbeit an die letzte Bauhandwerker aus-sperrung. Zur erfolgreichen Beendigung derselben zu Gunsten der Arbeiter haben bürgerliche Blätter, wie z. B. das „Reich“, die „Kölnische Volkszeitung“ u. a. zehrwert mehr beigetragen durch ihren Einfluß auf die maßgebenden Faktoren, als der gesamte rote Blätterwald mit seinem gesamten Beamtenapparat.

Dieselbe Erscheinung zeigt sich in der Gesetzgebung. Die wenigen Arbeiterabgeordneten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung haben bisher weit mehr parlamentarischen Einfluß ausgeübt, als die sozialdemokratische Partei in ihrer Gesamtheit. Die Inpotenz und Einflußlosigkeit der sozialdemokratischen Richtung hat kein geringeres als der Genosse Bebel selbst zugegeben auf dem Parteitag in Jena 1906, indem er sagte, daß die sozialdemokratische Partei einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung überhaupt nicht auszuüben vermöge.

Trotz Hervorhebung all dieser Gesichtspunkte haben aber die christlichen Gewerkschaften auch nie

ein Gehl daraus gemacht, daß neben den gemeinsamen Interessen auch solche gegensätzlicher Natur zwischen ihnen und den Unternehmern bestehen. Sie betrachten sich als eine wirtschaftliche Organisation der Arbeiter und sind es auch in Wirklichkeit. Die christlichen Gewerkschaften stellen sich als eine Vereinigung von Lohnarbeitern dar mit dem Zweck, die Interessen der Lohnarbeiter durch gemeinsames Handeln zu regeln und zu fördern. Als Konsequenz hieraus ergibt sich für die christlichen Gewerkschaften die pflichtgemäße Aufgabe, nicht dem Kapitalismus als solchem, wohl aber den Auswüchsen desselben mit Nachdruck entgegenzutreten. Denn das steht fest: Man kann bei unserem heutigen kapitalistischen Großbetrieb nicht ohne weiteres Leben und Gesundheit von 5 350 000 Personen 32 000 Unternehmern auf Gnade oder Ungnade überlassen.

Der Arbeitskraft des Einzelnen muß Geltung verschafft werden durch Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen an Stelle des Einzelvertrages; dann erst kann von einer wirklichen Vertragsfreiheit die Rede sein. Berücksichtigung und Regelung der Beschwerden und Anliegen der Arbeiter, die sich aus dem Arbeitsverhältnis der modernen Betriebe ergeben, wird stets eine Hauptaufgabe des Arbeiterausschusses sein, dessen Rückgrat die gewerkschaftliche Organisation bildet. Was zu Gunsten und zur Fürsorge für die Arbeiterklasse geschaffen wird, soll auch unter deren Mitwirkung geschehen. Ihr Verantwortlichkeitsgefühl wird dadurch bedeutend gestärkt; sie werden sich auch der Bedeutung ihres Standes bewußt und gelangen auf diesem Wege allmählich dem erstrebenswerten Ziele: der Gleichberechtigung und gebührenden Anteilnahme an den Kulturerrungenschaften der Gegenwart näher.

Die christlichen Gewerkschaften bleiben auch trotz entchiedener Durchführung ihrer gewerkschaftlichen u. sozialen Aufgaben stets Gegner des Klassenkampfes, weil sie den Privatunternehmer als existenzberechtigt anerkennen; sie unterschätzen die wichtigen Funktionen, die der einzelne Unternehmer im heutigen kapitalistischen Großbetrieb zu vollbringen hat, durchaus nicht. Hierher gehören: günstiger Einkauf von Rohprodukten, vorteilhafte Ausnutzung derselben, günstiger Absatzmarkt; innerhalb des Betriebes gute kaufmännische und technische Betriebs- und Arbeitsleitung usw. Eine solche Betriebsfähigkeit mit dem Ziele dauernder Intensivität bedingt eine gewisse freie Konkurrenz. Nur durch eine solche wird es möglich sein, sich weiter Anteil an den Fortschritten der Industrietechnik zu sichern, der Industrie auch in ihrer Allgemeinheit zu nützen und für das Vaterland den Weltmarkt zu erobern, ihn mitzubeherrschen. — Ist eine solche Industriepolitik begleitet von der nötigen Rücksichtnahme auf das Allgemeinwohl und aufgebaut auf der Basis der gegenseitigen Gleichberechtigung, dann liegt es im Interesse der Arbeiter selbst, nach Möglichkeit diese Bestrebungen zu unterstützen und auch die Tätigkeit des Einzelunternehmers demgemäß zu werten.

Aus Alledem geht hervor, daß die Arbeiterchaft vom Sozialismus, welcher die Beseitigung der Privatunternehmer und des Privateigentums anstrebt, nichts zu erwarten hat. Ohne Privateigentum haben wir, was sich an zahlreichen Beispielen be- weisen läßt, Mangel an Stoffkraft und Intensivität; hierin liegt auch das Aufhören jeglichen Fortschritts

Die gemeinsamen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind daher von so großer Bedeutung, daß sie besserer Würdigung bedürfen. Sich gegenseitig mehr zu verstehen und auf dem Boden der Gleichberechtigung anzuerkennen, erfordert schon das Allgemeinwohl. Die christlichen Gewerkschaften werden diese dem sozialen Frieden dienenden Gesichtspunkte wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft soweit es mit ihren Grundfäden vereinbar ist, nicht außer Acht lassen. Wird von Seiten der Arbeitgeber in größerem Maßstabe als seither der Weg der Verständigung beschritten und der scharfmacherische Geist zurückgedrängt, dann wird man auch die christlichen Gewerkschaften in gewissen Kreisen, wo man sie heute für ein noch größeres Uebel hält, als die sozialdemokratischen, als einen Faktor bewerten, ohne welchen selbst bei gutem Willen der Arbeitgeber, ein dauern- der, sozialer Frieden nicht möglich ist.

Ferner wäre durch das Schwergewicht der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die radikale Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung in starkem Maße gezwungen, mehr als bisher den englischen Gewerkschaftsverhältnissen nachzuahmen. Ganz sicherlich hätte dort das Einigungs- und Schiedswesen in der Großindustrie nicht jene gute Entwicklung genommen, wenn die Arbeiter der radikalen Sozialdemokratie gefolgt wären; wenn sie, wie unsere deutschen sozialistischen Gewerkschaften, jeden Erfolg nur als Signal zu weiteren Angriffen, als eine Etappe zur Erreichung des sozialistischen Endzieles betrachtet hätten. — Erst als die Arbeiter auch ihrerseits von Ueber- spannungen abließen, änderte sich die Situation und zwar so, daß der bessere Teil der Nation Partei für die Arbeiter ergriff und die Unternehmer dadurch zum Nachgeben zwang.

Darüber nachzudenken haben wir deutsche Arbeiter alle Veranlassung; wir haben die Pflicht, auf die sozialistische Gesinnung einzuwirken, ihnen zu zeigen, wie sehr sie durch ihr Verhalten sich selbst und die deutsche Arbeiterbewegung fortlaufend schädigen. In christlichen Arbeiterkreisen aber müssen wir das Verständnis für diese Dinge in noch weit höherem Maße zu wecken suchen. Denn eine Gesundung des Verhältnisses der Arbeiter zu den Unternehmern kann erst dann eintreten, wenn die christlichen Gewerkschaften eine entsprechende Machtposition und den nötigen Einfluß sich errungen haben.

Scharfmacher und öffentliche Armenpflege bei Streiks und Aussperrungen.

Die Zeitschrift für das Armenwesen (Organ der Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit und des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit) bringt in Heft 8, August 1910, über die öffentliche Armenpflege bei Streiks und Aussperrungen recht interessante Ausführungen. Wir lassen dieselben hier im Wortlaut folgen:

„Wir haben schon wiederholt (vergleiche März 1905, Januar 1910) darüber berichtet, wie sich gegenüber Aussperrungen und Streiks die Armenpflege einzelner Städte verhalten hat. Neuerdings hat der Armenpflegeausschussrat von München Veranlassung genommen, an die Organe der Armenpflege ein Rundschreiben zu richten, in dem er sie über ihr Verhalten gegenüber ausgesperrten Arbeitern belehrt. Dieses Rundschreiben hat eine Gegenerklärung

hundert entstanden sein dürften, so wird man auch die Gründung von Innungen der Schmiede in das 12. Jahrhundert verlegen müssen. Das Mittelalter und der kriegerische Geist des Mittelalters waren besonders der Ausbreitung und der Vervollkommnung des Waffenschmiedehandwerks günstig. Die Kreuzzüge, die Kämpfe zwischen geistlichen und weltlichen Herrschaften, das Fehdewesen, die Ritterspiele, die Kriege zwischen Städten, Rittersn und Territorialherren, die Kämpfe in den Städten und die allgemeine Bewaffnung (trugen doch auch Handwerksmeister und Gesellen in den Städten Waffen), die Unsicherheit auf den Straßen, alles dies trug dazu bei, den Waffenschmieden und den anderen Kategorien des Waffenschmiedhandwerks Arbeit zu verschaffen, und das Waffenschmiedhandwerk als sehr wichtig hervorzuheben.

Die Erfindung des Schießpulvers führte aber dann im Waffenschmiedhandwerk eine weitgehende Umgestaltung herbei. An Stelle der Bogner, Bogen- und Harnischmacher, der Hauben- und Helmschmiede, traten die Büchsen- und Rohrschmiede, denn auch die Herstellung der Schießwaffen wurde ja zunächst nur rein handwerksmäßig betrieben. Das Waffenschmiedhandwerk trat nun mehr und mehr zurück zugunsten der Berufsarten, die sich dem friedlichen Erwerb widmeten. An Stelle des Waffenschmiedhandwerks trat der Schlosser und aus diesem hervorgehend der Werkzeugmacher und Maschinenbauer. Dieses Hervortreten des Schlossers, die Heranbildung eines besonderen Schlosserhandwerks trat aber verhältnismäßig spät hervor. In einer so bedeutenden Stadt wie Nürnberg werden im Jahre 1290 Klingen- und Messerschmiede und im Jahre 1298 Feuerschmiede erwähnt, von Schlossern ist aber noch keine Rede. Weiter wird dann zwar im Jahre 1330 ein Bewohner Nürnbergs als Schlosser bezeichnet, aber die Schlosser scheinen auch in Nürnberg nicht sehr zahlreich gewesen zu sein.

Ursprung der Geschichte der Eisenarbeiter.

Die Eisenarbeiter gehören wohl mit zu den aller- ältesten Handwerkern. Abgesehen von den Arbeiten beim Schmelzprozess finden wir bei den Eisen- arbeiter schon früh eine ziemlich ausgedehnte Arbeitsteilung. Während noch verschiedene Hand- werke in einer einzigen Berufstätigkeit verborgen waren, zeigten sich schon verschiedene Berufsarten in der Bearbeitung des Eisens: Waffenschmiede, Kling- gen- und Messerschmiede, Ketten- und Nagelschmiede, Rohrschmiede, Büchsenmacher, Schlosser, Feilenbauer, Wundenmacher, Plattner, Harnischmacher, Bogner und Haubenschmiede. Schon die alttestamentlichen Völker haben das Eisen gekannt; andererseits gab es freilich auch wieder Völkerstämme, die noch im vorigen Jahr- hundert den Wert des Eisens nicht kannten. Das war z. B. der Fall bei den Indianern in Peru. For- schungsreisende haben gefunden, daß diese Indianern noch zu Anfang der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts das Eisen unbekannt war. Ihre Schwerter bestanden aus einem festen Holz, die Keu- len waren statt mit eisernen Stacheln mit Enden von Hirschgeweihen besetzt und die Pfeilspitzen waren nicht von Metall, sondern von starken Dornen. Es gibt auch Naturvölker, die wohl den Wert und den Gebrauch des Eisens kennen, die aber das Eisen nicht zu schmelzen verstehen.

In Deutschland war die Kunst der Eisenbearbei- tung während der Wirren der Völkerwanderung nicht verloren gegangen; sie konnte sich aber in diesen Zeiten kaum höher entwickeln. Nach Beendigung der Völkerwanderung finden wir Eisenarbeiter erwähnt im Burgundischen Gesetz und im Salischen Gesetz, die wahrscheinlich beide aus dem 5. Jahrhundert stammen und in dem Gesetz der Alamannen, das in den Jahren 613 bis 628 zusammengestellt wurde. Damals waren die

Eisenarbeiter noch alle Leibeigene. Doch wurden die Schmiede sehr hoch bewertet und vielfach mögen diese leibeigenen Schmiede auch eine bevorzugtere Stellung eingenommen haben, als die anderen Leibeigenen. In dieser Zeit war eben noch keine Arbeitsteilung in der Eisenbearbeitung zu bemerken. Alle Eisen- arbeiter waren Schmiede oder wie sie auch hießen, Eisenschmiede. Dagegen war dann in der berühmten Verordnung (capitulare de villis) Kaiser Karls des Großen über die Bewirtschaftung seines Gutes bei den Eisenarbeitern schon eine Arbeitsteilung bekannt. Von den Eisenarbeitern hatten sich die Schilderer oder Schälbmacher abgezweigt und aus diesem Berufe ent- stand dann im Mittelalter das Handwerk der Harnisch- maker oder Plattner oder Panzerschmiede. Später kamen noch hinzu die Messer-, Feilen- und Kling- schmiede. Aus dem sog. breviarium Caroli Magni, einem Bericht über die Zustände auf einer Besitzung Karls des Großen wissen wir, daß es folgende Werk- zeuge gegeben hat: Aegte, Haken, Beile, große und kleine Sichel, Schnittmesser, Hiebklinge, Spindelhe- bel und Bohrer.

Gab es bei den Handwerkern auf den Grund- besitzungen, wie wir bereits angedeutet haben schon Leute, die eine etwas freiere Stellung einnahmen, so wurde die Stellung der Handwerker mit dem Ent- stehen der Städte noch viel freier. Aus dem abhängigen Leibeigenen, der in Naturalien entlohnt wurde, wurde nach und nach ein freier Bürger und wenn die Handwerker in den Städten auch zunächst noch lange nicht das Ansehen und wirtschaftliche Festigung er- reicht hatten, die im späteren Mittelalter nach der Anerkennung der Zünfte und nach den mannigfachen Kämpfen mit dem „Stadtel“ errungen wurden, so fanden sie doch viel günstiger da, als vorher unter unter der Herrschaft der Grundeigentümer. Wie die Innungen in Deutschland allgemein im 12. Jahr-

der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung hervorgerufen, zu dem der Magistrat dann seinerseits Stellung nahm. Den Wortlaut der für die Frage interessierenden Schriftstücke teilen wir im folgenden mit:

1. Rundschreiben des Armenpflegschaftsrats.

„Der Kampf im Baugewerbe zieht auch die öffentliche Armenpflege in Mitleidenschaft. Es häufen sich die Fälle, in denen wegen der Aussperrung Arbeiter um Armenhilfe ersuchen. Auf die Frage von Bezirkspflegekommissionen, wie diese Gesuche zu behandeln sind, wird das folgende mitgeteilt: Der öffentlichen Armenpflege obliegt die Unterhaltung hilfsbedürftiger Personen (Art. 1, Ziffer 1 des Armenpflegschaftsstatuts). Hilfsbedürftig ist, wer sich wegen des Mangels eigener Mittel und Kräfte oder infolge eines besonderen Notstandes das nicht verschaffen kann, was zur Erhaltung des Lebens oder der Gesundheit unentbehrlich ist. (Art. 3). Arbeitsfähige Personen haben im allgemeinen keinen Anspruch auf öffentliche Armenunterstützung. Im Falle dringender Not ist ihnen aber die Hilfe zu gewähren, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Sittlichkeit augenblicklich unentbehrlich ist. (Artikel 11, Abs. 3). Ob bei einem Arbeitsfähigen ein besonderer Notstand oder ein Fall dringender Not vorliegt, hat die Armenpflege mit Rücksicht auf das Ergebnis der Ermittlungen nach freier Überzeugung zu entscheiden. In der Prüfung der Frage, ob die Aussperrung oder der Streik berechtigt ist, darf sie sich nicht einmischen. Die Aussperrung eines Bauarbeiters kann für diesen (auch für jeden anderen Arbeiter, der Einsender), einen Notstand im Sinne des Armenpflegschaftsstatuts begründen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, ob der Aussperrte Gelegenheit hat, eine andere seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu finden, oder ob und inwieweit er von einer Klasse, z. B. einer Gewerkschaftsgruppe, unterstützt wird. Unterstützungen, die nur in Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage bestimmt sind, gelten nicht als Armenunterstützung im Sinne des Art. 4, Ziffer 3 des Landtagswahlgesetzes und der Art. 13, Abs. 2, Buchstabe a der Gemeindeordnung (Gesetz vom 4. April 1910 über die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte). Es ist beabsichtigt, die Unterstützungsfälle, die mit der Aussperrung im Zusammenhange stehen, für statistische Zwecke zu zählen. Die Kommissionen werden daher ersucht, in diesen Fällen die Ursache der Hilfsbedürftigkeit durch den Vermerk „Notlage infolge der Aussperrung“ auszudrücken.“

Erklärung der Arbeitgeber des Baugewerbes:

„Die Armenpflegschaftsräte wurden von Herrn Rechtsrat Grieser in einem Rundschreiben darauf aufmerksam gemacht, daß unter Umständen die Aussperrung ein Grund für Armenunterstützung sei. Geprüft müßte allerdings werden, ob die Organisation an die Arbeiter Zuschüsse leisten. Die Arbeiterschaft ist der Ansicht, daß das nicht zulässig sein kann und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Wird dadurch der Grundsatz der Neutralität, die die Stadt doch wahren muß, gebrochen.
- 2. Werden die Kassen der Gewerkschaften entlastet und die Arbeitgeber indirekt bekämpft, außerdem würde sich dadurch der Kampf in die Länge ziehen.

Aus einer Hamberger Ordnung aus der Mitte des 14. Jahrhunderts ist zu ersehen, daß damals die Schlosserarbeiten noch allgemein von den Schmieden ausgeführt worden sind. In der Verordnung hieß es, daß kein Schmied einen Schlüssel nach einem Modell aus Teig, Wachs oder Ton machen dürfe, sondern nur nach dem Schloß und wenn ein anderer Schlüssel vorgelegt wird. Höchstwahrscheinlich sollte dadurch die mißbräuchliche Herstellung und Benutzung des Schlüssels verhindert werden. In dieser Verordnung sind Schlosser mit keinem Worte erwähnt. Auch in vielen anderen Stadtrechten werden die Schlosser bis ins 15. Jahrhundert hinein mit keinem Worte erwähnt. Als dann die Schlosser zu Hünften kamen, konnten sie auch nicht gleich selbständige Hünfte errichten, sondern sie bildeten diese Hünfte zusammen mit den Büchschmiedern, Bindenmachern und den Großhutmachern. Nach und nach erhielt aber doch das Schlosserhandwerk eine höhere Bedeutung; es wurde dem Schmiedehandwerk ebenbürtig und brachte immer mehr Arbeitsgebiete an sich. Dabei entstanden oft Streitigkeiten über die Grenzen des Schlosser- und Schmiedehandwerks, darüber, welche Arbeiten vom Schlosser und welche vom Schmied gemacht werden durften, sodaß oft von den Stadtoberkeiten eine Abgrenzung der einzelnen Arbeitsgebiete vorgenommen werden mußte.

Da das Schmiedehandwerk mit seinen Ausläufen zu den „ehrliehen“ Gewerben gehörte, so konnte auch niemand als Geselle, Lehrbube oder Meister aufgenommen werden, der nicht „ehrlieher Geburt“ war. Als „unehrlieh“ galten aber nicht nur Verbrecher und Spießhüben, sondern nach der mittelalterlichen Auffassung bis hinein in das neuere Zeitalter waren als „unehrlieh“ anzusehen: uneheliche Kinder und Findelkinder, die Scharfrichter, Nachtwächter, Gerichtsdienner, Musikanten, die Turm- und Torwächter, die Feld-

3. Es ist doch höchst zweifelhaft, ob man allgemeine Mittel in einer solchen Art und Weise verausgaben darf.

4. Es ist zu beachten, wer denn kontrollieren kann, ob die betreffenden ausgesperrten Arbeiter nicht von der Organisation unterstützt werden.

5. Gibt es eine Menge Armenpflegschaftsräte, die Sozialdemokraten sind, was sehr bedenklich erscheint. So ist z. B. der 2. Vorsitzende des Maurerverbandes im vorigen Jahre Armenpflegschaftsrat gewesen, im heurigen ist er Ersahmann und bei zufälliger Beurlaubung des Armenpflegschaftsrates übt er vielleicht momentan gerade dessen Funktion aus.

6. Ein derartiges Vorgehen ist auch höchst bedenklich bei Streiks der Arbeiter. Wenn diese Ansicht des Herrn Rechtsrats Grieser richtig wäre, dann könnten die Gewerkschaften sehr leicht Streiks inszenieren, da sie die Kassen des Streiks auf die Allgemeinheit abwälzen.“

3. Verhandlungen im Magistrat.

a. Erklärung des Vorsitzenden des Armenpflegschaftsrats.
Rechtsrat Grieser.

„Nach dem Beginn des Kampfes im Baugewerbe wurde ich von den Vorständen der Bezirkspflegekommissionen um eine Anweisung ersucht, wie Gesuche von Aussperrten um Armenhilfe zu behandeln sind. Anfangs erteilte ich die Ausschüsse mündlich. Als sich die Anfragen mehrten, habe ich die Anweisung schriftlich abgefaßt. Der Inhalt der Anweisung ist durch das Gesetz vorgeschrieben und für den Kenner des Armenwesens geradezu selbstverständlich. Ich überlasse es daher Ihnen, zu entscheiden, ob durch die Anweisung die Neutralität verletzt ist. In Ziffer 5 des erwähnten Artikels ist der Verdacht ausgesprochen, daß Mitglieder des Armenpflegschaftsrates ihr Amt zur Begünstigung einer Kampfpartei mißbrauchen. Dieser Verdacht ist völlig grundlos, ich weise ihn entschieden zurück. Ich habe zu allen Armenpflegschaftsräten ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung das Vertrauen, daß sie ihre Geschäfte sachlich und unparteiisch besorgen.“

b) Erklärung des Oberbürgermeisters Dr. v. Borst.

„Auf Grund eines in der ersten geheimen Sitzung gefaßten Magistratsbeschlusses sowie in meiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender des Armenpflegschaftsrates habe ich im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen Grieser zu erklären, daß ich die von ihm an die Bezirkspflegekommissionen erteilte Referatsverfügung in rechtlicher Beziehung als durchaus einwandfrei und korrekt ansehe, sowie daß sie nach Lage der Sache auch umsomehr veranlaßt war, als aus Kreisen der Bezirkspflegekommissionen Anfragen an das Referat ergangen sind, wie sie sich bei Gesuchen um Unterstützungen, die durch die Aussperrung veranlaßt sind, zu verhalten haben. Weiter habe ich zu bemerken, daß ich mit Herrn Kollegen Grieser die Erklärung des Verbandes der Arbeitgeber im Baugewerbe, wonach sozialdemokratische Armenpflegschaftsräte zur richtigen Auslegung der Referatsnote nicht geeignet erscheinen, als durchaus unbedenklich zurückweise. Auch ich hege zu den Mitgliedern des Armenpflegschaftsrates, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehören, auf Grund der von mir seit Jahren gesammelten Er-

fahrungen das Vertrauen, daß sie ihre Funktion unabhängig von ihrer Parteistellung ausüben. Dies gilt nicht bloß von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei, sondern auch von den mit der Armenpflege betrauten Männern — es sind ihrer nicht wenige —, die dem Verbands der Arbeitgeber für das Baugewerbe angehören. Ich bedauere lebhaft, daß die Erklärung, welche von dem Verbands der Arbeitgeber des Baugewerbes abgegeben worden ist, gerade diesen Punkt zu streifen für notwendig gefunden hat und konstatierte zu meiner großen Befriedigung, daß im Armenpflegschaftsrat bisher niemals politische Gegenstände zum Ausdruck gekommen sind.“

4. Sitzung des Armenpflegschaftsrates.

Armenpflegschaftsrat Klara: Meine sehr verehrten Herren! In Nr. 203 der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist ein Artikel enthalten, welcher vom Arbeitgeberverband des Baugewerbes stammt und in welchem ein Rundschreiben des Rechtsrats Grieser an die verschiedenen Bezirkspflegekommissionen bekräftigt wurde. Dabei ist die Unparteilichkeit der Armenpflegschaftsräte in Zweifel gezogen worden. Dieser Artikel erregte bei uns berechtigtes Aufsehen, da wir uns frei von aller Schuld wissen. Herr Rechtsrat Grieser hat in der Plenarsitzung vom 3. Mai den Inhalt dieses Artikels entschieden und gebührend zurückgewiesen. Herr Oberbürgermeister Dr. von Borst hat Veranlassung genommen, dem Armenpflegschaftsrat sein volles Vertrauen auszusprechen. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte der Herr Oberbürgermeister: „Ich bedauere lebhaft, daß die Erklärung, welche vom Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes abgegeben worden ist, gerade diesen Punkt zu streifen, für notwendig gefunden hat, und konstatierte zu meiner großen Befriedigung, daß im Armenpflegschaftsrat bisher niemals politische Gegenstände zum Ausdruck gekommen sind.“ Es ist auch nie bekannt geworden, daß von Seiten gewisser Armenpflegschaftsräte gerade ihre Parteianghörigen am meisten berücksichtigt worden wären. — Ich bin von der freien Vereinigung der Armenpflegschaftsräte ermächtigt und beauftragt, zu konstatieren, daß wir bis jetzt keine Veranlassung gehabt haben, uns nach dieser Richtung zu beklagen, daß wir vielmehr die Wahrnehmung machten, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei in objektivster Weise alle Unterstützungsversuche vorgelegt haben und diese unparteilich behandelt wurden. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß alle parteiische Tendenz nach größter Möglichkeit von jeder Partei zum Wohle der Gesamtheit hintangehalten wird und wiederhole, daß wir bezüglich des genannten Artikels sehr überrascht waren und die Form lebhaft bedauerten. Wir werden es, uns nicht nehmen lassen, bei Armut, sei sie nun durch Aussperrung, Krankheit oder ein anderes Unglück veranlaßt, jederzeit hilfreich einzugreifen. Soweit wir bis jetzt erfahren haben, soll der Zubrang von Aussperrten zur Armenpflege noch ein sehr geringer sein. Wir werden die vorkommenden Fälle genau registrieren und später vielleicht den Nachweis erbringen, daß die im Artikel enthaltenen Bemerkungen ganz ungerade und ungerechtfertigt sind.“

Rechtsrat Grieser: Ich schließe mich der Erklärung des Herrn Kollegen Klara von ganzem Herzen an. Ich habe eine ähnliche Erklärung in der Sitzung des Magistrats am 3. Mai d. J. abgegeben. Vom Standpunkt der Armenpflege müssen wir lebhaft wün-

hüter, Barbieri, Schäfer, Pöllner und deren Angehörige. Wie in vielen anderen Handwerken wurden deshalb auch im Schmiede- und Schlossergewerbe Lehrlinge, die „unehrlieh“ geboren waren, die als Findelkinder oder uneheliche Kinder zur Welt gekommen waren, deren Väter eins der eben erwähnten „unehrliehen“ Gewerbe betrieben, nicht aufgenommen. Die erste Voraussetzung bei Aufnahme war vielmehr der Nachweis, daß der Lehrling „echt, recht und ehrlich“ erzeugt war.

Im Hof- und Grobschmiedehandwerk dauerte im Mittelalter die Lehrzeit gewöhnlich nur zwei Jahre; bei den Waffenschmieden war aber die dreijährige Lehrzeit üblich. Nach Beendigung der Lehrzeit wurde der Lehrbube „losgesprochen“. Das ging immer unter allerlei Heremonien vor sich. Bis die Losprechung offiziell beendet war, wurde der junge Geselle von den älteren Gesellen noch tüchtig gehänselt. Ein älterer Geselle hielt dabei auch eine Art Vortrag, in dem auseinandergesetzt wurde, wie sich der junge Geselle bei späteren Gelegenheiten, auf der Wanderschaft, beim „Umhauen“ oder Arbeitssuchen, beim Meister, gegenüber den Gesellen usw. zu benehmen habe. Kam ein Schmiedegeselle als Wanderbursche in eine fremde Stadt, so war es häufig Brauch, daß er zunächst sein Bündel beim Torwart niederlegte. Erst wenn er sich dann von einem Meister das „Handwerkszeichen“ geholt hatte, durfte er mit seinem Bündel in die Stadt wandern und Umhauen halten. Vielsach war es üblich, daß der zugewanderte Geselle nicht selbst nach Arbeit umhauen ging, sondern das besorgte für die Zugewanderten ein anderer Geselle, wohl meist der Altgeselle.

Die Gesellen eines Orts und eines Handwerks bildeten eine Bruderschaft und von diesen Bruderschaften der Gesellen wurden auch die wandernden Gesellen unterstützt, zum Teil kamen die Unterstützungs-

summen für die wandernden Gesellen auch von den Meistern. Die Bruderschaften der Gesellen erwiesen sich oft als recht kampflustige Organisationen. Es gab Gesellenbruderschaften, die nicht nur den Meistern und den Stadtoberkeiten, sondern auch dem Landesherrn, ja sogar dem Kaiser Trost boten: Wie heute die letzte Waffe des Arbeiters der Streik ist, so war es schon im Mittelalter bei den Handwerksgefallen, nur wurde es damals das „Aufstehen“ der Gesellen genannt. Waren in einer Stadt zwischen den Meistern und den Gesellen eines Handwerks Differenzen entstanden, die nicht glänzlich ausgeglichen werden konnten, so verließen die Gesellen den Ort, teilten den Sachverhalt von ihrem Parteistandpunkt auf anderen Bruderschaften in der Nähe oder im gesamten Reich mit und warteten vor der Zuwanderung nach der vom „Aufstand“ betroffenen Stadt. Die Meister kamen durch einen solchen Aufstand recht oft in eine sehr üble Lage; es fehlten ihnen die notwendigen Arbeitskräfte und oft genug mußten dann die Stadtmagistrate vermitteln und eingreifen, den Gesellen für etwa begangene leichtere Straftaten Straffreiheit zusichern, um so eine Rückkehr der abgewanderten Gesellen in die Wege zu leiten.

Die Gesellen hielten auch sehr auf Disziplin; sie hatten eine Art untere Gerichtsbarkeit, mittels deren sie solche Gesellen, die sich den gefaßten Beschlüssen nicht fügen wollten, bestrafen und schämen konnten. Die Gesellen haben auch von diesem Recht eifrigen Gebrauch gemacht. Widerspenstige wurden bestraft durch Uferlegung von Geldstrafen, aber auch durch Vornahme des „Beuteln“. Beim „Beuteln“ fielen mehrere über einen her und prügelten ihn ordentlich durch, wobei dann nicht selten lebensgefährliche Verletzungen beigebracht wurden. Das „Beuteln“ war besonders üblich an solchen Gesellen, die einen „Aufstand“ nicht mitgemacht hatten. Manchmal

sehen, daß der folgen schwere Streit im Baugewerbe bald in gütlicher Weise beigelegt wird."

Man sieht also, selbst das Gebiet der Armenpflege, welche doch von dem Gelde aller Bürger — also auch der Arbeiter, vertreten wird, ist vor der Scharfmacherei der Arbeitgeber nicht sicher. Auch dieses Gebiet versuchen die Scharfmacher mit ihrem die Arbeiterschaft schädigenden Geiste zu durchsuchen. Es ist ihnen ein Dorn im Auge, daß sich Arbeiter immer mehr und mehr der Armenpflege widmen, um auch auf diesem Gebiete Erfahrungen fürs Leben zu sammeln und ihren bedrängten und in bitterster Not geratenen Mitbürgern in uneigennützigster Weise mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihnen wenigstens über die gefährlichsten Klippen des Lebens hinwegzuhelfen. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, vor allem die christlich-nationalen Arbeiterschaft, muß gegen das Vorgehen der Scharfmacher auf das Gebiet der Armenpflege mit ungeruchtem Verdächtigungen den schärfsten Protest einlegen, Protest einlegen, indem sie sich dem Magistrat ihres Wohnortes in der Armen- und Waisenpflege zur Verfügung stellen und die Pflichten dieses Ehrenamtes mit allen Kräften und gewissenhaft erfüllen, den bedrängten Mitmenschen zum Nutz, den Scharfmachern wegen ihren unbegründeten Verdächtigungen der Arbeiterschaft zum Tutz.

E. B. Pfeiffer.

Die Entwicklung der Roheisenproduktion

Ist nach einer Zusammenstellung der Volkswirtschaftlichen Rundschau im Zentralblatt Nr. 18 wieder in stark aufsteigender Linie begriffen. In einzelnen ergeben sich seit 1904 folgende Entwicklungsreihen. Die Roheisenproduktion betrug in 1000 Tonnen:

	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Vereinigte Staaten	16497	22992	25307	25781	15936	25795
Deutschland	10104	10988	12422	13046	11814	12918
Großbritannien	8535	9593	10149	9924	9290	9664
Frankreich	3000	3076	3390	3589	3344	3544
Rußland	2855	2765	2642	2748	2751	2817
Oesterreich-Ungarn	1451	1515	1596	1789	1953	1947
Belgien	1307	1310	1431	1428	1182	1632
Schweden	517	527	596	603	563	443
Spanien	420	385	382	381	430	420
Kanada	271	468	541	581	564	677
Italien	52	141	140	145	80	147
Japan	112	190	39	43	147	150
Indien, China, Mexiko zusammen	107	83	113	183	121	172
Weltproduktion	45292	51035	58690	60180	48175	60328

Selbst wenn die vorliegende Statistik nicht ganz vollkommen sein sollte, so zeigt sie doch, daß die Weltproduktion tatsächlich jetzt schon eine Höhe erreicht hat, wie sie früher nur im Stürmen und Wirbeln einer Hochkonjunktur möglich war. Werden die Differenz der einzelnen Länder betrachtet, so ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten, das Land der stärksten Schwankungen in der Produktion, seine Leistung des Jahres 1907 überflügelt hat. Deutschland steht noch um mehr als 100 000 Tonnen hinter seiner bis jetzt erreichten Höchstproduktion des Jahres 1907 zurück. Die Steigerung stammt in erster Linie aus jener fruchtbaren Eisen- und Kohlengegend, die auch nach Luxemburg und einem Teil Deutschlands

übergreift. Daß wir mit den jetzt wieder erreichten Differenz nicht am Ende der Entwicklung angekommen sind, beweist, daß besonders auch in Deutschland durch die Monangewaltigen tieferhaft immer größere Produktionsstätten geschaffen werden.

Gewerkschaftliches.

Ausdauer in der Agitation

Agitation ohne Ausdauer ist wie ein Revolver mit einer Kugel: geht der Schuß beim ersten Versuch fehl, dann hat die Waffe ihren Wert verloren. Ausdauer dagegen ist die beste, nachhaltigste Waffe für den Agitator.

Ein Beispiel aus der eigenen Praxis führt ein amerikanischer Bergarbeiterführer an, indem er berichtet: Vor etwa 20 Jahren wurde in einem Revier des Westens, das nahezu 1800 Bergarbeiter zählte, eine örtliche Vereinigung mit 13 Bergleuten gegründet. Bei der Gründung bestand die Hoffnung und sichere Erwartung, es würden in kürzester Zeit alle Arbeiter des Wertes um die Mitgliedschaft eintreten. Zur Überraschung und zum großen Verdruß für die Gründer verging indes Woche um Woche, ohne daß Anmeldungen erfolgten. Um Interesse zu wecken, und die Begeisterung zu entflammen, wurden Massenversammlungen beschloffen, „Picnics“ arrangiert und alle die verschiedenen Maßnahmen getroffen, zu denen man unter solchen Umständen keine Zuflucht nimmt, um der Organisation Vorschub zu leisten. Es wurden Redner herbeigezogen — was für eine Handvoll Mitglieder nicht geringe Auslagen nach sich zog —, und tatsächlich wurden auf diese Weise eine Anzahl von Leuten zum Beitritt veranlaßt. Nach kurzer Zeit indes sah man sie nicht wieder.

Diese Lage der Dinge zog sich über mehrere Jahre hin. Gelegentlich strebte die Vereinigung auf, um dann alsbald wieder auf den ursprünglichen Stand zurückzugehen. Schließlich machte in einer Versammlung nach langer Beratung ein Mitglied den Vorschlag, weil doch keine Hoffnung auf die Durchführung einer starken, leistungsfähigen Vereinigung bestände, das Organisationswerk niederzulegen. Ein Gefühl der Scham und Verzweiflung ging durch die Versammelten. Da steht ein anderes Mitglied auf. Er erklärte sich gegen den Vorschlag, die Hände ins Korn zu werfen. Bevor man zu dem letzten Mittel greife, will er eine Entschließung passieren lassen, die besagt: ein jedes von den dreizehn Mitgliedern ist gehalten, der nächsten Versammlung ein angeheimes Mitglied vorzustellen, widrigenfalls der Ausschluß erfolgt. Die Entschließung wird einstimmig angenommen. Die folgende Woche bei der nächsten Versammlung, sind alle alten Mitglieder anwesend, und begrüßt wird schließlich, daß jedes von ihnen ein angeheimes Mitglied eingeführt hat. Man hatte die Vereinigung 26 Mitglieder. Der Erfolg ermutigte dazu, eine neue Entschließung anzunehmen, wer von den 26 der folgenden Versammlung nicht ein neues Mitglied präsentierte, solle ausgeschlossen werden. Und auch diesmal glückte es wieder. Und so ward der Vorgang in gewissen Abständen — wenn auch nicht immer mit demselben vollen Erfolg — wiederholt, bis keiner mehr aus dem ganzen Revier der Organisation fernstand.

Nicht überall sind die Umstände so gelagert, daß sie ein gleich günstiges Resultat mit Sicherheit erwarten lassen. Aber Erfolg wird die Maßnahme überall aufweisen! Dem Vorgehen der genannten Vereinigung war es wesentlich zu verhalten, daß bei dem großen amerikanischen Kohlenarbeiterstreit 1905 mehr als 50 000 Bergarbeiter in den benachbarten Kohlenfeldern organisiert waren.

Ein jeder fühle und überzeuge sich, daß er einen wichtigen Teil der Arbeiterbewegung bildet, daß er persönlich für deren Erfolg oder Mißerfolg mitverantwortlich ist. Nur dieses Verantwortungsgefühl erzeugt die erforderliche Kraft und Ausdauer, die den endgültigen vollen Erfolg garantieren.

Weniger Zurückhaltung

Wer kennt ihn noch nicht, den Typ des sozialdemokratischen Schwadroniers und Alleswissers. Was der Spatz in unserer heimischen Fauna, das ist Genosse Schwadronier in der menschlichen Gesellschaft. Und wenn August Kopisch einst vom Dorfschulzen der Thadener sang:

„Er kennt und meint es fest und kühn,
Kein Kreatur ist ihm zu grün . . .“

so paßt unser Vers erst recht auf unsern Alleswischer. Mit ungläublicher Todesverachtung verschlingt er Tag für Tag den in ewigem Wechsel wiederkehrenden Agitationsphrasenschatz seines Leiborgans und harzt dann mit Selbstgefälligkeit des Augenblickes, wo er im Kreise mehr oder minder unwissender Bewunderer möglichst aufdringlich den Prozeß des Wiederkäuens beginnen kann.

Und dann gehts los! — Nach Art der allbekanntesten Schmutzfinke auf der Straße, für welche die Gänse nur wegen der sie einzig interessierenden „Hinterlassenschaften“ existieren, scharrt, kratzt und hadt er breitpurig vor aller Augen auf der Müll- und Abfallstätte der „verlotterten bürgerlichen Gesellschaft“ herum, rümpft die Nase und schreit dann mit gut geheucheltem Entsetzen in die Welt hinaus: „Seht wie abheulich! die ganze bürgerliche Gesellschaft ist faul!“

Gewiß, für den geschulten christlichen Arbeiter ist dieser schwadronierende Genosse eine komische Figur und deshalb ganz ungefährlich. Er sucht in ihm das bewundernswürdige Opfer der verwirrenden und verrohenden Wirkung der sozialdemokratischen Presse und Agitation; er hält es für unnütz, sich mit solchen Menschen herumzuschlagen, zumal dergleichen Wirkköpfe doch keiner sachlichen Auseinandersetzung fähig sind.

So begreiflich ein derartiges Verhalten unserer christlichen Arbeiter ist, so schädiat es doch unsere Sache ganz ungemein; dann nämlich, wenn der sozialdemokratische Maulheld in Gegenwart Indifferenten und rote Mitläufer loslegt. In diesem Falle ist die sonst bewiesene Zurückhaltung unserer Kollegen regelmäßig von Uebel; denn die Mitläufer und Indifferenten glauben dann schließlich, der Genosse habe recht und werden für die sozialdemokratische Bewegung gewonnen. Das muß aber in unserem eigenen Interesse unter allen Umständen vermieden werden. Man trete also dem Genossen ruhig und entschieden entgegen, nagele ihn mit seinen Behauptungen fest und lasse nicht locker. Hat er sich so vor den Augen seiner Bewunderer einmal eine Blamage geholt, so ist damit in den meisten Fällen sein bisheriger Anhang unserer Sache ein gut Stück näher gebracht.

Und wie leicht ist es, einem solchen Schwadronier mal auf den Zahn zu fühlen. So groß nämlich bei ihm die Dreistigkeit und — der Mund, so groß ist in der Regel auch seine Dummheit. Nur die ständigen, alleroberflächlichsten Agitationsphrasen sind ihm geläufig. Man trete ihm nur fest entgegen und zeige ihm und jedem, der es hören will, daß der Arbeiterstand nicht durch löbliche Redensarten und Phrasengewäch, sondern einzig durch zähe, ausdauernde und zielbewusste Arbeit auf dem Boden der realen Wirklichkeit voranzubringen ist. Auf diese so einfache Art und Weise kann jeder christliche Gewerkschaftler viel, sehr viel an der Ausbreitung unserer Bewegung mitwirken. Darum etwas weniger Zurückhaltung, desto mehr Energie und Kühnheit.

Ungeeignete Vermittler zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen.

In den letzten Jahren, so schreibt das Zentralblatt in seiner letzten Nummer, sind in der sozialdemokratischen Presse häufiger Friedensausreden zwischen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen konstruiert worden. Daß bei Erörterung dieser Friedensbotschaften die christlichen Gewerkschaften stets der leidtragende Teil waren und die Sache stets so hingestellt wurde, als hätten die christlichen Gewerkschaften auf Vorkommen ihrer Genossen kein Vergeben müssen, ist vom Standpunkte der sozialdemokratischen Agitation selbstverständlich. Der auf solcher Grundlage in Aussicht gestellte Friede ist indes stets ausgeblieben. Nunmehr ist der Herr Abg. Krzberger unter die Friedensapostel gegangen. In Nummer 35 der Münchener „Allgemeinen Rundschau“ sucht er die Streitfragen innerhalb des katholischen Lagers in Deutschland darzulegen und bemerkt u. a. zu dem Gewerkschaftsstreit:

„Wenn daher im Frühjahr eine kleine Verständigungskommission zwischen Fachabteilungen und Gewerkschaften eingesetzt worden ist, so darf man hoffen, daß die Arbeit des Dreimännerkollegiums von Erfolg gekrönt sein wird und mindestens die ähnde Schärfe in der Polemik der Vergangenheit zuzuzählen sein wird.“

Dazu haben wir folgendes zu bemerken:
1. Im christlichen Gewerkschaftslager würde man es selbstverständlich begrüßen, wenn mit den katholischen Fachabteilungen ein Weg zur Verständigung gefunden werden könnte. Dann könnte ein großer Teil der Kraft, die seither zur gegenseitigen Bekämpfung verbraucht wurde, zu aufbauender organisatorischer und agitatorischer Arbeit verwendet werden. Zu einem Frieden, dem die christlichen Gewerkschaften zustimmen könnten, besteht indes in absehbarer Zeit keine begründete Aussicht.

2. Von einer „Verständigungskommission zwischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften“ und einem „Dreimännerkollegium“ ist den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften nichts bekannt.

3. Auffallende Tatsache bleibt allerdings, daß in letzter Zeit verstärkt von einem Frieden geredet und geschrieben wird. Dies geschieht indes meist von Kreisen, die die Differenzpunkte zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen nur von der Oberfläche kennen gelernt haben. Daß solche Kreise nicht geeignet sind, die Basis zu den Friedensmöglichkeiten vorzubereiten, ist für alle Einsichtigen klar. Schließlich noch die Feststellung, daß alle Friedensbemühungen, die ohne Einverständnis mit den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften gemacht werden, vergebliche Arbeit sind.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands

wird in den Tagen vom 11. bis 15. September cr. seine III. Generalversammlung in Aachen abhalten. Der Geschäftsbericht, den die Zentralkommission des Verbandes soeben für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 veröffentlicht, ist mit einem reichhaltigen Material über volkswirtschaftliche und textilindustrielle Verhältnisse ausgestattet. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter mit dem Wohl und Wehe ihrer Industrie in bedeutungsvoller Weise verknüpft sind, redet der Bericht der Förderung einer gesunden Gewerkepolitik durch den Verband das Wort. Es wird hervorgehoben und nachgewiesen, daß auch die deutsche Textilindustrie in hervorragender Weise an dem Weltmarkt interessiert ist (1909 betrug der Wert der Ausfuhr fast 1 1/4 Milliarden Mark) und deshalb Konkurrenz- und leistungsfähig erhalten werden müsse. Dazu solle die Intelligenz, Tüchtigkeit und treue Pflichterfüllung der Arbeiter beitragen.

Der Bericht betont dann aber auch, daß der Inlandmarkt eine noch ganz erheblich höhere Bedeutung für die Textilindustrie hat, die in Deutschland jährlich für mehr als 6000 Millionen Mark Ware absetzen müsse und auf die Kaufkraft der breiten Massen des Publikums (namentlich auch der Arbeiterbevölkerung)

zung) weit mehr angewiesen sei, als irgend eine andere Industrie. Aus dieser auch von Industriellen oft zugetragenen Tatsache zieht der Bericht dann die Folgerung, daß die Gewerkschaften durch ihr Streben nach höheren Löhnen und Steigerung der Kaufkraft der Arbeiter auch im Interesse ihrer Industrie wirken.

Nach dem Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl seit Mitte 1908 infolge der Krise um 6530 gesunken, doch sind im ersten Halbjahr 1910 wieder rund 2500 neue Mitglieder gewonnen worden. Am 1. Juli er. waren 23.923 männliche und 9358 weibliche, insgesamt 32.681 Mitglieder vorhanden, davon 24.499 (ist 75%) in Rheinland Westfalen. Der Verband hat stets eine solide Finanzpolitik verfolgt; einschließlic eines Bestandes von 452.639,06 Mark betrug die Gesamteinnahme in der Berichtszeit 1.546.691,59 Mark, die Bruttoausgabe 899.752,25 Mark, so daß am 30. Juni 1910 ein Vermögen bestand (in bar und Wertpapieren) von 646.942,34 Mark vorhanden war, d. i. annähernd 200.000 Mark mehr als vor 2 Jahren. Für die verschiedenen Unterstützungszwecke wurden während der Berichtszeit verausgabt:

Streikunterstützung	135.982,08 Ml.
Gewaltregelunterstützung	17.335,20 "
Unzugsunterstützung	2.441,78 "
Reiseunterstützung	2.117,20 "
Krankunterstützung	147.030,26 "
Arbeitslosenunterstützung	18.385,00 "
Rechtsschutzkosten	6.053,04 "
Zusammen:	367.082,54 Ml.

In den Jahren 1909/08 führte der Verband mit 10.085 beteiligten Mitgliedern 267 Lohnbewegungen und Kämpfe. In 49 Fällen kam es mit insgesamt 41684 Mitgliedern zu Streiks und Ausperrungen; von diesen Kämpfen waren 14 erfolgreich für die Arbeiter, 20 teilsweise erfolgreich und 15 erfolglos. Den sorgfältig veranstalteten Erhebungen zufolge sind trotz der schlechten Geschäftslage für 1278 Mitglieder Verkürzungen der Arbeitszeit von 239.278 Stunden pro Jahr und für 7093 Mitglieder Lohnherabsetzungen im Gesamtbeitrage von 634.326 Mark jährlich durch den Verband erzielt worden. Die seit dem 1. April 1909 eingeführte Arbeitslosenunterstützung hat sich während der Reisezeit sehr bewährt; schon im ersten Jahre (bis 31. März 1910) wurden 3129 Mitglieder (10% der Gesamtzahl) an insgesamt 29.750 Unterstützungstagen arbeitslos.

Die Nachener Generalversammlung des Verbandes, welche aller Voraussicht nach einen glanzvollen Verlauf nehmen wird, soll in erster Linie die Frage der Propaganda behandeln. Der Zentralvorstand hat u. a. eine besonders sorgfältig vorbereitete allgemeine Haus-, Fabrik-, und Arbeitervereins- (Arbeiterinnenvereins-) Agitation für den bevorstehenden Herbst angeregt. Ebenso ist eine außerordentliche Jugendagitation geplant. Der bekannte Förderer der sozialen Studentenzirkel, Herr Dr. Sonnenstein-M. Labach, wird in einem Vortrage die idealen Werte der christlichen Gewerkschaftsbewegung behandeln.

Der Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie-Arbeiter Deutschlands.

(Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften) hielt am 4. und 5. September in Dortmund seinen V. Verbandstag ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes nahm Herr Reichstagsabgeordneter Schiffer an den Verhandlungen teil. Der Verband, welcher vor zwei Jahren aus dem damaligen christlichen Rückerverband gegründet wurde, hat sich nach dem Geschäftsbericht, welcher sich über einen Zeitraum von zwei Jahren erstreckt, sehr gut entwickelt. Die Mitgliederzahl liegt von 792 auf 1575, hat sich also verdoppelt. Die Zahl der Ortsgruppen liegt von 18 auf 32. Unter den Mitgliedern sind 132 Weibliche. Die Einnahmen des Verbandes betragen in Form eines Kassenbestandes von 2423,18 Ml. insgesamt 28.956,50 Ml., die Ausgaben 23.679,93 Ml., so daß ein Kassenbestand von 5276,57 Ml. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 4108,84 Ml. an Unterstützungen.

Der Verband führte in der Berichtszeit 14 Lohnbewegungen, davon 8 allein. 2 Bewegungen führten zu Streiks. An diesen Bewegungen waren 1256 Mitglieder beteiligt. 8 Bewegungen mit 816 Mitgliedern endeten mit Erfolg, 2 mit 18 Mitgliedern ohne Erfolg und 4 mit 422 Mitgliedern sind noch unerledigt.

Die mit Erfolg beendeten Bewegungen brachten den Mitgliedern eine Lohnherabsetzung von jährlich circa 120.000 Ml., außerdem 52 Mitgliedern eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt etwas über 3000 Stunden und 68 Mitgliedern Ferien von je 3 Tagen bis 1 Woche je nach Länge der Beschäftigungszeit. Der Verbandstag beschloß unter anderem die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung bei der 50 und 60 Pfg.-Beitragsklasse. Der bisherige Vorsitzende Schmidt wurde einstimmig wiedergewählt. Die Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf befindet sich vom 1. Oktober ab Helmholtzstraße 2.

Sozialistisches Phrasentum.

Auf den sozialdemokratischen Kongressen ist die hochtönende Phrase so richtig zu Hause. Besonders schwülstig hat es auf dem in vergangener Woche in Kopenhagen abgehaltenen Internationalen Sozialistenkongress hergegangen. Die bekannten Schlagworte von der „Völkerfreiheit, Völkerverbrüderung, Solidarität über die Grenzpfähle hinaus“ usw. wirkten nur so durch die Luft und in die Spalten des sozialdemokratischen Blätterwaldes.

Wie es jedoch in Wirklichkeit unter den roten Wölfen des Erdballs aussieht, wollen wir nur an der „Internationalen Solidarität in Praxis“ näher illustrieren. Gemeinsam mit der politischen Sozialdemokratie tagen auf den internationalen Kongressen als eine Unterabteilung auch die angeblich neutralen „freien“ Gewerkschaften, denen man gnädig eine eigene (die zweite) Kommission zu bilden gestattet hat. Am 1. September

behandelte diese Kommission die Frage der Vertretung der internationalen Solidarität. Von den verschiedenen Seiten wurde gefordert, das die meisten Länder außer Deutschland beim schwedischen Generalstreik außer Acht lassen, wohlfeilen Redensarten nicht ausgeliefert hätten. Eine von der schwedischen Arbeiterpartei eingebrachte und angenommene Resolution will das in Zukunft gebessert wissen. In der zum Teil erregten Debatte sagte nach dem Bericht sozialdemokratischer Blätter:

Cohen-Berlin: Die Engländer haben beim schwedischen Generalstreik in grober Weise ihre Pflicht vernachlässigt. (Vielfache Zustimmung.) Auch die Franzosen beschränkten sich meist auf kräftige Worte. Den Schweden haben sie eine lange Resolution geschickt, die mit den Worten schloß: „Es lebe die soziale Revolution!“ und dazu 20 Frank. (Große Heiterkeit. Zurufe: Weniger Revolution und mehr Geld wäre besser gewesen!) Dabei sind die englischen Gewerkschaften reich, und bei einigem guten Willen könnten auch die Franzosen ihre Schuldigkeit tun. Die belgischen Spielereien mit der internationalen Legitimationstarke und den Unterstützungen, die für eine Priße Zabat reichen, machen wir nicht mit. (Beifall.)

Guggler-Schweiz schließt sich Cohen in der Kritik der Franzosen, Engländer und Belgier an und empfiehlt die Resolution der Schweden.

Saywood-Amerika erklärt, daß die amerikanischen Arbeiter die Pflichten internationaler Solidarität überhaupt nicht kennen. Die American Federation of Labor sei überhaupt nicht erfüllt vom Geiste internationaler Solidarität, sondern vom Geiste des eigennützigen Kapitalismus.

Dennoch hat der dumme, rote Deutsche Michel Klein-Geld angebracht, während die reichen Engländer und Amerikaner auf die Solidarität pfeifen. Ja ja, Revolution und mehr positive Arbeit, weniger Phrasen aber desto mehr Inhalt, das wäre für die Sozialdemokratie in allseitige besser und notwendiger.

Obergenoße Honrath-Nachen als Reifemarschall.

Einer der gefähigsten und geriebensten Gegner der christl. Gewerkschaften ist der „Genosse“ Honrath in Nachen. Kein Mittel ist ihm zu anrätlich, wenn er nur den „Christlichen“ am Zeug flücken kann. Nur um dieser besonderen Freundschaft willen nehmen wir von seinen Anmachereien als Reifemarschall Notiz.

Honrath hatte mit einem Reisebureau angekauft, um seinen Genossen „billige“ Fahrten nach der Brüsseler Weltausstellung zu vermitteln. Die von Honrath transportierten Reisenden waren aber nachher sehr unzufrieden und ein Obergenoße zog im Bochumer „Volksblatt“ gegen den Reifemarschall Honrath vom Leder, wobei neugierig gefragt wurde, wer den Gewinn eingestekt habe? Der Genosse Honrath antwortete in gleich „brüderlicher“ Weise, worauf dann das betr. Reisebureau in einer Erklärung im „Nachener Volksfreund“ die „uneigennütige“ Tätigkeit Honrath's näher auseinander legte. Bezüglich der einen kritisierten Fahrt heißt es da u. a.

Er (Honrath) nahm für uns nach nachträglicher Aufstellung bei der Rückkunft aus Brüssel ein 933,75 Ml. lieferte jedoch nur 850 Ml. auf Konto ab, wobei er noch versprach, das Essen der Teilnehmer am Kongress, welches auf unsere Kosten gehen mußte, zu bezahlen. Dies hat Herr Honrath jedoch nicht getan, sondern wir haben dies nachträglich bezahlen müssen. Ferner hat Herr Honrath vergessen, in Brüssel sein Logis und Essen zu bezahlen und ist dies auch von uns erledigt worden. Ferner fordert oder behält sich Herr Honrath unter folgenden Begründungen das Geld von uns zurück (eine Fahrkarte, welche überflüssig war, wurde ihm angeboten zur Mitfahrt, weiter nichts). Herr Honrath rechnet für sich: für eine Fahrt, welche ich gezwungenermaßen mitmachen mußte, 20 Ml.; als versprochene Entschädigung 20 Ml.; als Gemeinanteil bei der Reise 20 Ml.; für Zuführung der Gasse 20 Ml.; für Porto 6,80 Ml.; für Zuschlagsbilletts des D-Zuges (welche uns garnichts angehen. D. Verj.) 7,50 Ml. (Der Herr Obergenoße Honrath wird jedenfalls zweiter Klasse haben fahren müssen. D. N. d. Btg.); für Hin- und Rückreise nach Herbesthal 1 Ml.; Summa, 95,30 Ml.

Also: Herr Honrath nahm 933,75 Ml. ein und schickte nur 850 Ml. ab, bleibt Ueberschuß 83,75 Ml. Ferner liquidierte er eine Rechnung für seine Fahrt und Speise in Höhe von 95,30. Es blieben also für ihn nur - 179,05 Ml. übrig. Und dabei wagen seine lieben „Freunde“ vorer Coleur noch seine „Uneigennützigkeit“ anzuzweifeln. Wie man von eigenen Gesinnungsgenossen nur so verkannt werden kann? Armer Honrath!

Streiks und Lohnbewegungen.

Vom Kriegsschauplatz auf den Seeschiffswerften ist für die vergangene Woche keine erhebliche Aenderung zu melden. Die Anfang September angebahnten Verhandlungen sind durch die Untoleranz der sozialdemokratischen Führer zum Scheitern gebracht worden und von erneuten Annäherungsversuchen hört man nichts. Der Kampf geht weiter.

Die sozialdemokratische Presse versucht es jetzt im Schweiße ihres Angesichts, das unverantwortliche Verhalten der „freien“ Gewerkschaftsführer zu verteidigen und deren arbeiterfeindliche Taktik öffentlich zu rechtfertigen. Dabei muß sie die Tatsachen allerdings verrenken oder unbequeme Momente fachte beiseite schieben. Im sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, das man als das Sprachrohr der Sozialdem.

Streikleitung betrachten kann, versucht man die Unternehmer als diejenigen hinzustellen, die die Unterhandlungen abgebrochen hätten. In einem Artikel in seiner Nr. 208 vom 6. September unter der Überschrift: „Warum und an wem scheiterten die „Verhandlungen“, klammert sich das „Echo“ daran, die Werkbesitzer hätten auf die abschneidende Antwort der „freien“ Verbände noch eine Antwort geben müssen. Das hätten sie aber nicht getan, ergo wären die Unternehmer die Schuldigen, woran die Verhandlungen scheiterten. — Welche Logik? Daß dies nur ein Spiel mit Worten ist, um sich aus der Schlinge zu ziehen, geht aus folgenden Schriftstücken hervor, die im „Vorwärts“ Nr. 208 vom 6. September veröffentlicht werden. Auf die schriftliche Erklärung, daß man zu Verhandlungen bereit sei, erging folgendes Schreiben der Unternehmer an die Arbeiterorganisationen:

„Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften ist bereit, am den Vorschlag einzugehen, mit Vertretern der genannten acht Arbeiterorganisationen zusammenzukommen unter Einziehung von je einem Vertreter der Hirsch-Dunckerischen, der christlich-sozialen Gewerkschaften und drei Vertretern der nationalen Arbeitervereine der Werften.

Am Mittwoch, den 7. September, morgens 10 Uhr, sind wir für eine Zusammenkunft im Lokale des Arbeitgeberverbandes, Hamburg-Altona, bereit.“

Darauf erging von den acht „freien“ Verbänden folgende Antwort, die kein vernünftiger Mensch anders als eine Abfage auffassen kann:

„Die an der Einreichung der Vorschläge vom 11. Juli 1910 beteiligten acht gewerkschaftlichen Zentralverbände hatten nach wie vor daran fest, daß eine Aussprache über die genannten Vorschläge im gegebenen Moment nur zwischen den direkt Beteiligten selbst, also der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften als der Empfängerin und den Vertretern der acht gewerkschaftlichen Zentralverbände als den Veranlassern der genannten Vorschläge stattfinden können.

Mit dem von der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften für eine Zusammenkunft in Aussicht genommenen Zeitpunkt sind die in Betracht kommenden Gewerkschaften einverstanden.“

Die sozialdemokratischen Verbände erklären hier ausdrücklich, daß sie „nach wie vor“ daran festhalten, allein zu verhandeln. Wenn die Werkbesitzer diesem Ansuchen nicht nachgehen wollten, war doch jede weitere Antwort vorzuziehen. Überhaupt die sozialdemokratischen Führer die Sache nicht so ernst gemeint, soll man ihr schriftliches „nach wie vor“ nur als Spiegelschere betrachten? Fast scheint es so, wenn man folgende Verrenkungen im Hamburger „Echo“ genau durchsieht:

„Wohl haben sie (die Werkbesitzer) die Anregung der Arbeitervertreter entgegengenommen, wohl haben sie sich damit beschäftigt, ihre Meinung in Form eines Vorschlages dazu gesagt, sie haben es aber unterlassen, nachdem sie wünschgemäß von der Stellung der Arbeiter zu ihren Vorschlägen unterrichtet worden waren, zu erklären, ob sie nun die Anregung der Arbeiterschaft annehmen oder ablehnen. Hätten bei eventueller Ablehnung die Vertreter der Arbeiter keine neuen Vorschläge bringen können, hätten sie nach endgültiger Stellungnahme auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt, dann hätten die Unternehmer von einer Ablehnung durch die Arbeiter sprechen können, solange sie das nicht abgewartet haben, ist dieser Vorwurf weiter nichts als eine Verdächtigung...“

Mit solchen Verdrehungen und Haarspaltereien werden die Sozialdemokraten die schwere Verantwortung für ihr Verhalten nicht von sich abwälzen können. Im Hamburger „Echo“ No. 211 wie im „Vorwärts“ No. 208 wird es so dargestellt, als ob nur die Gelben der Stein des Anstoßes gewesen wären. Das ist wieder eine Verdrehung der Tatsachen, ein nachträglicher Rückzug, denn in der vorstehenden ablehnenden Antwort der freien Verbände ist keine Richtung genannt, die christlichen und Hirsch-Dunckerischen sollen ebenso bei Seite geschoben werden, wie die Gelben. Der „Vorwärts“ hat übrigens in seiner darauffolgenden Nummer 209 die Lage aus dem Saal gelassen und die rote Untoleranz offenbart. Da schreibt er:

„Ganz abgesehen davon, daß es eine Reihe schwerwiegender Gründe gibt, die es den Zentralverbänden gebieten, einer gemeinsamen Verhandlung mit Hirsch-Dunckerischen und christlichen Gewerkschaften, besonders aber mit den Gelben mit einem gründlichen, durch bittere Erfahrungen diktierem Mißtrauen zu begegnen, mußte die einfache Erwägung der oben bezeichneten Unternehmer-Verschlässe die Gewerkschaften zu ihrem Standpunkte führen.“

Hier werden also die christlichen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften mit den Gelben einfach in einen Topf geworfen, während man sich anderwärts damit herausreden möchte, die Verhandlungen seien nur an den Gelben gescheitert.

Sehr mager sind die Gründe, die von der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ für die Ablehnung der Verhandlungen angeführt werden. Sie weist nur darauf hin:

„daß die letztgenannten (d. h. die gelben Werkvereine) mit den jetzigen Arbeitsverhältnissen so wenig unzufrieden sind, daß sie Streikbruch betreiben, also für Verhandlungen garnicht in Betracht kommen können. Wer sich ferner das Treiben der Hirschführer und Organe im Jahre 1907 und die darauf folgenden Gerichtsverhandlungen vergegenwärtigt, wird es begreiflich finden, daß kein Gewerkschaftler mit solchen Leuten zusammenarbeiten mag. Der Kampf wird also weitergehen und die Streikenden und Ausgesperrten werden in diesem Punkte mit den Organisationsleitungen einig sein, denn auch sie kennen ihre Pappenheimer.“

Warum der christliche Metallarbeiterverband, der mit einer ganz erheblichen Anzahl von Mitgliedern

am Kampf beteiligt ist, ausgeschaltet werden soll, darüber sagt das sozialdemokratische Verbandsorgan nichts. Dabei haben wir mehr Mitglieder im Kampf stehen, wie einige der acht „freien“ Verbände, die von Anfang an dabei waren und überall Sitz und Stimme haben. Der Groll der „Metallarbeiter-Beitragung“ gegen die Hirsch-Dunker mag ja menschlich begreiflich sein, wir haben deren Verhalten nach der Bewegung im Jahre 1907 auch verurteilen müssen, aber derartige mehr persönliche Konflikte dürfen nicht auf die allgemeine Arbeitersache übertragen werden. Den Hirsch-Dunderschen Streikhähnen dürfte dies übrigens eine Lehre sein, den Kampf nicht auf persönliche Gebiet zu ziehen und durch kleinliche Geheißlichkeiten zu vergiften. Die Hirsch-Dundersche Frühfrühs-Aktion dürfte aber für vernünftige Arbeiterführer niemals ein Grund sein, daran etwaige Verhandlungen scheitern zu lassen. Das Interesse von Hunderttausenden Arbeiterexistenzen muß höher stehen wie persönliche Mißstimmungen und Gereiztheiten. Die sozialdemokratischen Blätter können sich drehen und wenden wie sie wollen, es wird ihnen nicht gelingen, sich haltige Gründe für ihre arbeiterverräterische Taktik anzubringen und die damit aufgeladene schwere Verantwortung von sich abzuwälzen.

Im Anschluß hieran sei noch eine andere Sache erwähnt: Die „Soziale Praxis“ (No. 49 Jahrgang XIX) nimmt zu der jetzigen Situation im Werftarbeiterkampf in einer Art und Weise Stellung, die in christlich-nationalen Arbeiterkreisen Befremden und Widerspruch hervorrufen muß. Zunächst will sie bezüglich des Scheiterns der Verhandlungen „den Gesichtspunkten der freien Gewerkschaften ihre formale Berechtigung zugestehen“ und stellt es dann so dar, als ob die Werksbesitzer mit der Forderung der Zurückziehung der Gelben gleich von vornherein den Stein des Anstoßes vor die Schwelle gelegt hätten. Daß die sozialdemokratischen Verbände auch die Zurückziehung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen ablehnten, scheint der „Sozialen Praxis“ unbekannt oder gleichgültig zu sein, oder sollte sie es gar absichtlich ignorieren? Es ist nicht das erste mal, daß sich die christlich-nationalen Arbeiterverbände über eine Zurückziehung in diesem Organ zu beklagen haben, zu dessen Erhaltung sie durch Zugehörigkeit zur „Gesellschaft für Sozialreform“ finanziell beisteuern. Zum Schluß ihres Artikels schreibt die „Soziale Praxis“:

„Zweifellos ist die Lage jetzt verfahrener als je und der Ruf nach einem vermittelnden Eingreifen der Reichsregierung kann durch die Vorgänge der letzten Woche nur verstärkt werden.“

Demgegenüber möchten wir mit allem Nachdruck erklären, daß eine Vermittlung von Regierungsseite im jetzigen Stadium von der christlich-nationalen Arbeiterschaft als eine Sanktionierung der sozialdemokratischen Gewalttätigkeit und eine Zurückziehung der nichtsozialdemokratischen Verbände empfunden werden müßte. Solange die sozialdemokratischen Organisationsführer ihr Diktum: „nach wie vor“ als Lein zu verhandeln nicht lassen, solange wird eine Vermittlung der Regierung unmöglich sein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hätten im Interesse der Arbeiter schon die Pflicht gehabt, die christlichen Gewerkschaften von Anfang der Bewegung an heranzuziehen. Das haben sie nicht getan und ihrem arbeiter-schädigenden Verhalten durch ihr jetziges Gewaltspiel die Krone aufgesetzt. Amtliche Stellen werden diese terroristische Taktik niemals begünstigen können.

Der Streit auf der Falkauer Draht- und Schraubenfabrik

ist nach 20wöchentlicher Dauer beigelegt worden. Am Samstag den 3. September kam es zwischen der Direktion der Schraubenfabrik der Aktiengesellschaft unter Beiziehung von zwei weiteren Aktionären einerseits und dem Bezirksleiter Kuhn von unserm christlichen Metallarbeiterverband als Vertreter der Arbeiterschaft andererseits zu nochmaligen Verhandlungen. Das Ergebnis derselben waren folgende schriftlich niedergelegten Abmachungen:

- 1. Zwischen der Firma Draht- und Schraubenfabrik Falkau und dem Bezirksleiter des christl. Metallarbeiterverbandes, Herrn Faber Kuhn, Pforzheim, als Vertreter der Arbeiter, kam heute folgende Vereinbarung zustande.
- 1. Nachdem durch Umstellen der Maschinen ein gleichmäßiges Arbeiten möglich ist, werden die Löhne nach der Leistungsfähigkeit der Maschinen festgesetzt und dieselben so gestellt, daß eine geübte, fleißige Arbeiterin einen Mindestlohn von 2,50 Mark und ein Alfordarbeiter einen solchen von 3,70 Mk. verdient. Das Arbeitsmaterial wird an die Maschinen gebracht.
- 2. Die Löhne der Schlosser und Tagelöhner werden um 10 Prozent erhöht.
- 3. Die Lohnzahlung findet monatlich zweimal und zwar jeweils am 3. und 17. statt.
- 4. Den Arbeitern ist gestattet, zum Zwecke der Erledigung landwirtschaftlicher oder sonstiger dringender Arbeiten Urlaub zu nehmen; doch muß dies der Betriebsleitung vorher gemeldet werden. Bei Reisesorgnissen ist es nur den Verwandten und einer Abordnung von acht Arbeitern oder acht Arbeiterinnen gestattet, vom Betrieb fernzubleiben.
- 5. Zum Zwecke der Schlichtung von Streitigkeiten, die aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen entstehen, wird ein Arbeiterausschuß gebildet, der diese

Angelegenheiten gemeinsam mit der Direktion zu erledigen hat. Die Tätigkeit desselben soll auf Grund eines noch auszuarbeitenden Statuts ausgeübt werden. Demselben sollen zusammen sechs Arbeiter und Arbeiterinnen angehören.

6. Die Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen die Arbeit am Dienstag, den 6. d. M., wieder auf, von welchem Tage ab die Vereinbarung in Kraft tritt. Bis zu dem Zeitpunkt, wo die Akkordarbeit wieder möglich ist, wird zu dem früher verdienten, durchschnittlichen Tagesverdienst 10 Prozent Zuschlag gewährt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden mit ihrer früheren Art der Beschäftigung weiterbeschäftigt.

Falkau, den 3. Sept. 1910.
Draht- und Schraubenfabrik Falkau.
Beneh.

Für die Arbeiter:
L. v. Kuhn.

Wenn auch nicht alle Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden konnten, so sind es aber doch ganz erhebliche Zugeständnisse, die durch den Kampf erzielt wurden. Angesichts der früheren Verhältnisse im Betrieb und der zuerst schroff ablehnenden Haltung der Werksleitung ist der praktische Erfolg des Streiks um so höher anzuschlagen, zumal sonst Kämpfe von solcher langer Dauer in der Regel ungünstig für die Arbeiter auslaufen. Leider bleibt in einem Punkte ein Stachel der Mißstimmung für die Arbeiterschaft zurück. Die Werksleitung ist nämlich hartnäckig auf dem Standpunkt stehen geblieben, daß vier von der Firma näher bezeichneten Arbeiter und Arbeiterinnen (drei Arbeiter und eine Arbeiterin) nicht wieder eingestellt werden mit der Angabe, daß die Gründe „hierfür nicht aus dem Streik resultieren“. Wenn das wirklich stimmt, hätte die Werksleitung den Streik auch nicht mit der Entfernung dieser 4 Personen verquicken dürfen. Um diesen Streitpunkt hat sich der Kampf in den letzten drei Monaten ausschließlich gedreht, was bei einigem Entgegenkommen der Firma hätte vermieden werden können.

Im übrigen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Falkauer Draht- und Schraubenfabrik musterbildend in der schönsten Einigkeit und Geschlossenheit den langwierigen Kampf durchgeführt und — was die Hauptsache ist — nicht vergebens gekämpft. Das muß ihnen die Bedeutung und den Nutzen des Verbandes stets im Bewußtsein wach erhalten und sie anspornen, trotz der Organisation dauernd treu zu bleiben und für deren Ausbreitung und Stärkung ohne Unterlaß tätig zu sein.

Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter in Schwäbisch-Gmünd

Bereits im vorigen Jahre wurde von unserem Verbands im Hinblick auf die verbesserungsbedürftigen Lohnverhältnisse in der hiesigen Edelmetallindustrie der Versuch gemacht, eine Lohnbewegung in die Wege zu leiten. Dabei waren unsere Kollegen der Ansicht, daß zu einer erfolgreichen Bewegung ein Zusammengehen der beiden ungefähr gleich starken Verbände unbedingt erforderlich sei. Um dieses Zusammengehen anzubahnen, wurde eine öffentliche Edelmetallarbeiterversammlung einberufen, deren unrichtlicher, durch die „Genossen“ verschuldet, erregter Verlauf noch in Erinnerung steht. Der sozialdemokratische Bezirksleiter Ehrler ließ sich unter größtem Mißbrauch des Gastrechts zu Tälichkeiten gegen christliche Arbeiter hinreißen, wofür er vom Gericht zu 75 Mark Geldstrafe und den Kosten verurteilt wurde.

In sachlicher Beziehung war diese Krachversammlung ergebnislos. Der Vorschlag unserer Referenten zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse das trennende zurückzuführen und gemeinsam in dieser Sache vorzugehen, wurde von sozialdemokratischer Seite mit Spott und Hohn beantwortet. Besonders tat sich in dieser Beziehung der hiesige Geschäftsführer des sozialdemokratischen Verbandes hervor. Ein gemeinsames Arbeiten zum Wohle der Arbeiter wurde damals durch den Fanatismus der Sozialdemokraten illusorisch gemacht. Wir gaben aber die Hoffnung doch nicht auf, daß bei den Gegnern die bessere Einsicht siegen würde und die Bewegung nur als aufgeschoben zu betrachten sei.

Das neueste Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes hier am Ort muß leider jedem denkenden Menschen die Ueberzeugung beibringen, daß es ihm um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse am allerletzten zu tun ist. Plötzlich über Nacht hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nämlich einen geräuschvollen Kummel in Szene gesetzt, den er „Lohnbewegung“ zu nennen beliebt. Die sozialdemokratischen Führer wissen es so gut wie jedes Kind, daß der freie Verband in Schwäbisch-Gmünd ohne den ungefähr gleichstarken christlichen Verband nichts und gegen ihn erst gar nichts ausrichten kann. Trotzdem inszeniert der „freie“ Verband einseitig eine sogenannte Lohnbewegung, die nur den Zweck verfolgen kann, die Arbeiter durch einander zu hegen, und dem christlichen Metallarbeiterverband Schaden zuzufügen. Das ist ein frivolles Verräterspiel mit den Interessen der Gold- und Silberarbeiter, wie es schlimmer nicht getrieben werden kann. Wenn es den sozialdemokratischen Machern mit ihrer Lohnbewegung nur etwas ernst gemeint gewesen wäre, hätten sie ein gemeinsames Vorgehen der beiden Verbände herbeiführen müssen, was um

so näher lag, als die Leitung des christlichen Verbandes schon im vorigen Jahre eine diesbezügliche Anregung gemacht hatte. Die Edelmetallarbeiter von Schwäbisch-Gmünd wird diesen Streich der „Genossen“ nicht so bald vergessen.

Angesichts der Sachlage hat der christliche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Schwäbisch-Gmünd die notwendigen Schritte in die Wege geleitet, um die Interessen seiner Mitglieder, wie der gesamte Arbeiter zu wahren und ihre Lage nach Möglichkeit zu bessern.

In einer vollzählig besuchten Vertrauensmännerversammlung wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„In anbetracht dessen, daß der deutsche (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband in der derzeitigen Lohnbewegung ein gemeinsames Vorgehen illusorisch machte, sehen wir uns im Hinblick auf die Berechtigung einer Lohnhöheveranlassung, selbständig vorzugehen, damit so etwa die erforderliche Einigkeit in dieser Frage gewahrt wird. Die christliche Organisation war es bekanntlich, die schon im Herbst vorigen Jahres einen Vorstoß in Bezug auf die Verbesserung der Lohnverhältnisse unter gleichzeitiger Anbahnung eines gemeinsamen Vorgehens machte mit diesen guten Absichten aber nicht nur brüske Ablehnung im sozialdemokratischen Lager fand, sondern wir geschehen, durch die bis jetzt beliebte sozialdemokratische Ueberzumpelung an die Wand gedrückt werden sollte. Der vernünftig und ruhig denkenden Arbeiterschaft empfehlen wir, durch Beitritt und Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes beratigen Macht, gestützt ein Paroli zu bieten, um so für die Arbeiterinteressen greifbare Erfolge zu erzielen.“

Ferner wurden in der Vertrauensmännerversammlung die Forderungen formuliert.

Als Resultat ist folgende Eingabe an die einzelnen Fabrikanten wie an den Arbeitgeberverband abgesandt worden:

An Herrn N. N.!

Nachstehend erlauben wir uns, Ihnen die Ausfertigung der Urchrift einer Resolution, die den titl. Vorstand des Arbeitgeberverbandes überreicht wurde, zur gefälligen Kenntnisnahme und beigemäßer Würdigung zu übersenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Ortsverwaltung
des Christlichen Metallarbeiterverbandes
S. A.: E. Kollostrath.

In voller Uebereinstimmung mit den von uns vertretenen Mitgliedern gestalten sich die vollzählig erschienenen Vertrauensleute des Christlichen Metallarbeiterverbandes dem verehrl. Vorstand des Arbeitgeberverbandes nachstehende Wünsche und Vorschläge zur Hebung der Lohnverhältnisse anstehenden Platz zu übermitteln, mit dem höfll. Ersuchen, verehrl. Vorstand wolle denselben bei den Herren Verbandsmitgliedern entsprechende Geltung und Zustimmung verschaffen.

Die Vorschläge lauten: Die Löhne erfahren eine Steigerung in folgender Weise: unter 40 Pfg. Stundenlohn tritt eine Erhöhung von 4 Pfg. ein, von 40—60 Pfg. eine Erhöhung von 3 Pfg. und über 60 Pfg. Stundenlohn tritt eine Erhöhung von 2 Pfg. ein. Diese Steigerung wird sowohl den Stunden- wie Stücklohnarbeitern gewährt. Zugleich geben die Geschäftsführer der Erwartung und Hoffnung Raum, der verehrl. Vorstand des Arbeitgeberverbandes wolle unserer Verbandsleitung Gelegenheit zur näheren persönlichen Äußerung und Begründung der vorstehenden Wünsche geben.

Es wird sich nun zeigen müssen, ob die sozialdemokratischen Führer im weiteren Verlauf der Bewegung ihre arbeiter-schädigende Taktik weiter betreiben werden. Alle redaktionellen Arbeiter und Arbeiterinnen der Edelmetallindustrie in Schwäbisch-Gmünd werden an den vorher geschilderten Vorgängen unschwer erkennen, welcher Verband es ehrlich mit ihrer Sache meint und ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten gewillt ist. Sie werden sich infolgedessen zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, soweit es noch nicht geschehen ist, um unter dessen Fahne offen und ehrlich für die Hebung der Lage des Arbeiterstandes einzutreten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Werstarbeiter. In folgenden Orten stehen die Werstarbeiter im Kampf: Hamburg, Bremen, Kiel, Bremerhaven, Wegeack, Lübeck, Flensburg, Rostock, Stettin. Der Zugang von Arbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Meudon i. M. Bei der Firma Theodor Klusendick (Hofeslamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zugang von Klempnern, Metallbrüchern und Schleifern ist fernzuhalten.

Emmerich. Ueber die Firma Reintges, Niederrheinische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt worden.

Offen-Ruhr. Die Klempnergeleuten von Essen stehen im Streit zwecks Abschluss eines Tarifvertrages.

Silberfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streit.

Röln. Sämtliche Arbeiter der Firma Hammelrath u. Co. in Cöln-Braunsfeld stehen wegen Akkordabzügen im Streit.

Köln. Sämtliche Arbeiter der „Mauser Eisenwerke“ Bleckballagen Fabrik in Köln Ehrenfeld stehen wegen fortgesetzten Lohnabzuges im Streik.

Neheim. Ueber die Firma Hibener & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordsätze die Sperre verhängt. Zugang von Metallbrüchern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

Barmen. Die Former der Wuppertaler Eisenhütte haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Sundern bei Arnsberg i. W. Ueber die Firma Anton Brumberger ist die Sperre verhängt.

Sundern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallbrüchern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

Remscheid. Die Maschinenhauer und Hülfsarbeiter der Remscheid Feilenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. September 1910 der achtunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 25. September fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Ausnahme schein von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertrittenen, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 19, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Landau. Kürzlich sahen wir uns schon einmal gezwungen, die Zustände in den Betrieben der Firma Waus einer öffentlichen Kritik an dieser Stelle zu unterziehen. Gebeßert hat sich seitdem noch nichts. Im Gegenteil. Seit der Meister R. bei der Firma angestellt ist, werden die Verhältnisse daselbst mit jedem Tage „saarabischer“. Ob der Meister durch Grobheiten gegenüber den Arbeitern und Lehrlingen das ersehen will, was ihm an praktischen Kenntnissen abgeht, ist uns unbekannt. Fast sollte man es glauben. Es ist schon öfter vorgekommen, daß dieser Meister die Lehrlinge auf seiner Bude geohrfeigt hat. Selbst vor den Gesellen macht er nicht Halt.

Inbezug auf Arbeitsleistung verlangt er von den Arbeitern fast Unglaubliches. So sollen die Dreher, die drei Drehbänke bedienen, auch noch dem Schmied zuschlagen. Einer von ihnen willfahrte dem Willen des Meisters und ließ die drei Bänke laufen, während er dem Schmied zuschlug. Von der anstrengenden Tätigkeit ermüdet, setzte er sich einen Augenblick hin. Sofort war Meister R. zur Stelle und fuhr ihn mit den Worten an: „Das ist doch hier kein Schlaßaal.“ Auf die Bemerkung des Arbeiters, daß er doch mehr als seine Arbeit verrichte, erwiderte dieser: „Ich schlage dich gleich hinter die Ohren.“ Dieser Herr hat auch noch den Mut, sich seiner Gelbentaten zu rühmen. Bei irgend einer Gelegenheit machte er die Bemerkung: „Es kommt nicht darauf an, ich schlage auch einen hinter die Ohren, wenn er 25 Jahre alt ist.“

Ob solche Beamte nach dem Wunsche der Firma sind, wissen wir nicht, fast scheint es so. Uebrigens läßt die ganze Betriebsrichtung und wie aus dem oben Gesagten hervorgeht, auch die Behandlung der Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig. Aus den Lehrlingen wird das Menschenmögliche herausgeholt; ob diese etwas lernen, ist zweifelhaft. Einem Lehrling, der sich beim Leben eines schwereren Gegenstandes einen Leistenbruch zugezogen hatte, wurde wieder Arbeit zugemutet, für die er viel zu schwach war. Als er den Meister auf sein Gebrechen aufmerksam machte, befahl dieser dem Lehrling, ihm auf seine Bude zu folgen, er wolle den Bruch mal sehen. Selbstverständlich lehnte der Lehrling dieses Ansuchen ab, denn er wußte nur zu gut, was er dort zu erwarten hatte.

Auch in der Viehzucht herrschen traurige Zustände. Freigeb, den die Arbeiter garnicht verschuldet haben, wird ihnen vom Lohne abgezogen. Ueberstunden müssen die Lehrlinge mehr leisten als die Gesellen. Von einer Bezahlung für diese Arbeit ist keine Rede. Sogar die Gesellen erhalten nicht den Lohn für die Ueberstunden, der ihnen zusteht. Will die Firma nach außen hin wahrhaftig,

so möge sie hier Abhilfe schaffen. Die Aufsichtsbehörde könnte in dem Betriebe auch mal nach dem Rechten sehen. In diesen Missethungen tragen die Arbeiter selbst die größte Schuld, denn wie könnte sich ein Beamter eine solche Behandlung der Arbeiter erlauben, wenn er mit Leuten zu tun hätte, die ihre Rechte zu verteidigen wissen. Deshalb sollten die Metallarbeiter der Firma Waus nicht lange jammern und klagen, sondern Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten. Das ist die richtige Antwort auf die Zustände in diesem Betriebe. Nur dann, wenn sie als christliche Männer der Organisation gegenüber ihre Pflicht tun, kann ihre Lage eine bessere werden.

Köln-Ehrenfeld. Zu der gleichlautenden Korrespondenz in Nr. 36 dieser Zeitung erhalten wir vom Inhaber der Firma Zimmermann unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Berichtigung, der wir Ausnahme gewähren wollen, obgleich sie den Anforderungen des Preßgesetzes nicht entspricht:

Ch. Zimmermann
Maschinenfabrik
Köln-Ehrenfeld.

Köln-Ehrenfeld, den 6. September 1910.
Antwort auf den Artikel in der Ausgabe des Deutschen Metallarbeiters vom 3. September 1910.

Der Artikel in Ihrer Ausgabe vom 3. et. über meine Maschinenfabrik strotzt von Unwahrheit, die Sie benutzen, Ihre Werbetrommel zu rühren.

Unwahr ist es, jemandem zum Bureau hinausgeworfen und ihm einen Fußtritt versetzt zu haben.

Unwahr ist es, daß ich an die Ortskrankenkasse wegen Simulanten geschrieben habe.

Unwahr ist es, daß die Schutzvorrichtungen an den Maschinen bei mir mangelhaft sind, denn noch vor ganz kurzer Zeit wurde der Betrieb, wie so häufig, von der Berufsgegenwart inspiziert und ergab dies keine Beanstandung.

Der sich verletzt habende Dreher gab bei der Unfallmeldung an, in die Wechselräder einer ganz neuen Drehbank, die mit allen Schutzvorrichtungen versehen ist, geraten zu sein. Andererseits aber wird behauptet, daß der Dreher die Wechselräder bei der betreffenden Arbeit gar nicht gebraucht habe, sondern mit dem Finger zwischen Weisel und Drehstück gekommen ist, was ich nur auf Unvorsichtigkeit des Mannes selbst zurückführe. Nach kaum einigen Tagen, meiner Erinnerung nach etwa 3 bis 4, kam der Dreher, welchem der Unfall zugestoßen ist, zu mir und erklärte:

„Wenn sie mich wieder einstellen. lasse ich mich gern wieder.“ Seine Verletzung konnte also nicht weit her sein, da er sich arbeitsfähig bei mir ausgab.

Zu der Bemerkung: „Sprechen bei der Arbeit wird mit sofortiger Entlassung bestraft,“ muß jeder vernünftige Mensch den Kopf schütteln. Wohl lasse ich mir, so wie Sie es auch in Ihrem Betrieb nicht anders handhaben werden, nicht gefallen, daß 2, 3 oder mehr gewohnheitsmäßige Schwächer, zusammenstehen und faulenzeln. Sie werden ebenso wenig gesonnen sein, wie ich, solchen Leuten die Faulheit zu stärken.

Ich habe Leute, die schon 5, 10 und noch mehr Jahre bei mir tätig sind und deren Fleiß mir keine Veranlassung gibt, tadelnde Worte zu gebrauchen, geschweige solche Worte, wie in Ihrem Artikel angegeben, sicherlich nicht handgreiflich zu werden.

Ch. Zimmermann
Maschinenfabrik,
Köln-Ehrenfeld.

Von derjenigen Stelle, die den ersten Artikel eingeleitet hat, wird uns zu den vorstehenden Auslassungen folgendes geschrieben:

Zu der „Berichtigung“ der Firma Zimmermann bemerken wir, daß wir unsere Angaben aufrecht halten müssen.

Tatsache ist, daß dem verletzten Dreher vom Arzte der Brief vorgelesen wurde, den die Firma an die Krankenkasse gerichtet hatte und in dem derselbe als Simulant bezeichnet wurde.

Tatsache ist, daß u. a. die Wechselräder der Drehbank, an der der Dreher die Verletzung erlitt, ohne Schutzvorrichtung waren, daß ferner die Behauptung, der Dreher sei mit dem Finger zwischen Weisel und Drehstück geraten, vom Firmeninhaber ausgesprochen wurde und daß der Firmeninhaber dem Verletzten erklärte, wenn bei der Unfallmeldung angegeben würde, er sei in die Wechselräder geraten, so werde er bestraft.

Im Uebrigen bestreitet die Firma nicht, daß im Betriebe ein strammes Regiment geführt wird und die Ausdrücke in der „Berichtigung“ wie „gewöhnheitsmäßige Schwächer“, „faulenzeln“ usw. lassen schon einen Schluß zu, welcher Ton im Umgang mit den Arbeitern herrscht.

Wenn neuerdings die Firma durch einen Anschlag im Betriebe glaubt, die Arbeiter einschüchtern zu können, so befindet sie sich im Irrtum, die Arbeiter werden in der Vertretung ihrer Interessen ihren Weg gehen. — Wir rufen allen Arbeitern der Firma zu: „Sinein in den christlichen Metallarbeiterverband!“

Hier stehen zum Teil Behauptungen gegen Behauptungen. Diese Widersprüche können aber kaum durch eine Zeitungs polemik aufgeklärt werden, dazu würde eine gegenseitige mündliche Aussprache notwendig sein. Wenn der Inhaber der Firma Zimmermann Wert darauf legen sollte, diese Klärung der Sachlage herbeizuführen, so sind wir bereit, eine Aussprache in die Wege zu leiten. Im Uebrigen haben wir keinen Grund, die Aussagen unserer Gewährsmänner für weniger glaubwürdig wie die Darstellung des Herrn Zimmermann zu halten.

Bestdorf-Kirchen. Zeit und Umstände lassen es für geboten erscheinen, auch nochmal unser Organ in Anspruch zu nehmen. Hat sich die Wirtschaftslage in den Werken der Metallindustrie um ein Bedeutendes gebessert, so sind doch die Verhältnisse der Arbeiter noch nicht die besten. Im Wesentlichen dürfte mit dazu beitragen der Niedergang in der Bergindustrie. Nach dem Geschäftsbericht des Berg- und Lüttenmännischen Vereins in Siegen vom Jahre 1909 hat der Jahresdurchschnitt der Belegschaft der Siegerländer Eisenstein- und Erzgruben eine Abnahme zu verzeichnen von bald 1000 Mann. Zum guten Teil dürften diese

Unterkommen gefunden haben in der hiesigen Metallindustrie. Zu Fabriken mit geordneten Arbeitsverhältnissen ist die Nachfrage um Arbeit eine große. Daß dieses Ueberangebot von Arbeitskräften, welches auf der anderen Seite noch verstärkt wird durch eine Lehrlingshaltung en gros, wie man sie stellenweise findet, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu Ungunsten der Arbeiter sowie auch der gewerkschaftlichen Organisation beeinflussen, dürfte allgemein einleuchten.

Nicht in allen Fällen ist es darum Willkür oder Gewinnsucht, wenn die Löhne minimal sind. Die Konkurrenz spielt mit. In unsern Reihen weiß man wohl die Umstände zu würdigen, die einzelne Werke oder Betriebe dazu führen, nicht mehr Lohn zu zahlen. Inbes geht manches doch etwas über die Dutzend hinaus. Aus der Kolonne einer kleineren Fabrik wurde neulich berichtet, daß ihnen am Akkord für eine kurze Zeit weit über 100 Mark nicht ausgezahlt worden seien. Und aus einem anderen Werk erfuhren wir, der Akkord würde dort berartig „reguliert“, daß diesen Arbeitern schon ganze Würbe, wenn sie eine neue Arbeit in Auftrag erhielten.

Sieht die gewerkschaftliche Organisation auf dem Gebiet also ein gutes Stückchen Arbeit vor sich, so wird ihr ein gleiches Arbeitsfeld vorbehalten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Erwähnen wir nur einen Fall: Im Mai dieses Jahres war ein verheirateter Kollege erkrankt. Für einige Tage mußte er sich in eine Klinik begeben. Als er nun nach seiner Wiederherstellung bei der Bestdorf Ortskrankenkasse sein ihm zustehendes Krankengeld erheben will, werden ihm nicht nur die Tage ganz strittig gemacht, wo er in der Klinik war, sondern auch die Auszahlung des anderen Krankengeldes wurde aus unbekanntem Gründen auf die „lange Bank“ geschoben. Die Krankheit war im Mai beendet und erst im September erhielt der Kollege sein Geld. Selbst dann hätte er es noch nicht erhalten, wenn man nicht der Ortskrankenkasse zu verstehen gegeben hätte, daß unser Verband hinter dem Kollegen stehe.

Ihrem Stande und Ihren Interessen gegenüber glaubt jeder das Groß der hiesigen Metallarbeiter ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn sie irgend einer Krankenkasse angehören. Die Fürsorge für Tage der Krankheit hat ja gewiß berechnete Seiten. Aber den gesunden Tagen, wo der Arbeiter sein ganzes Können, Verstand und Körperkraft, ja sich selbst mit allen Unbequemlichkeiten hingeben muß, müßte an erster Stelle seine ganze Aufmerksamkeit gewidmet sein. Zumal auch, wo diese Zeit bedeutend länger ist, als die der Krankheit. Gerade jetzt wo viele Angehörigen den anderen Stände sich in Urlaub befinden, ihr Einkommen weiter beziehen und Erholung suchen, müßte es so recht unseren Arbeitern in den Ohren gellen, was sie noch zu tun haben, um ebenfalls menschlich leben zu können und Anteil zu nehmen an den fortgeschrittenen Kulturwerten. Der Arbeiterstand hat mindestens ebensoviel ein Recht darauf, als wie es die anderen Stände schon lange genießen. Die Schuld an dieser Ungleichheit trägt an erster Stelle der Arbeiter. So lange er selbst müßig dastet, sich nicht regt und beht um seinen Stand zu heben, kann man es eigentlich weder dem Arbeitgeber noch sonst irgend jemand verübeln, wenn die Arbeiterrechte unterdrückt werden.

Mit dem ewigen Schimpfen und Wetzern ist dem allerding's spottwenig geholten, denn sonst müßten wir im Siegerland paradiesische Verhältnisse haben. Auch die leeren Ausreden, wie „es hat doch keinen Wert“, oder „ja wenn sich alle eintig wären“, helfen gar nichts. Daß die Organisation Wert hat und Vorteile auf Vorteile dem Arbeiterstande bringt, daß zeigen schon allein die Verhältnisse auf den Betrieben der hiesigen Gegend. Da, wo die Organisation noch nicht Fuß fassen konnte, oder nur ganz schwach vertreten ist, finden wir auch die denkbar schlechtesten Verhältnisse. Und daß die Organisationen hier so zerstückelt sind, ist nicht unsere Schuld; es kann aber kein Grund sein, nun überhaupt das Schicksal des Arbeiters dem Lauf der Dinge preiszugeben. Die Scheidung der Geister wird und muß sich hier auf die Dauer vollziehen. Die Auffassung, die wir als christliche Gewerkschaftler in organisatorischer und wirtschaftlicher, in prinzipiellen und nationalen Fragen, gegenüber dem Siegerländer Lokalverband, den „Berliner“ Fachabteilungen, die sich Dunderschen oder den Sozialdemokraten vertreten, die wird und muß für unsere Gegend zum Durchbruch kommen. Diese unsere feste und ehrliebe Ueberzeugung scheint sich immer mehr und mehr zu bewahrheiten. Wie in der Vergangenheit, so werden auch in der Gegenwart und Zukunft die gefährlichen Pfeile der Gegner abprallen am klaren und blanken Schild unserer Bewegung. Uns mit den Angriffen der Gegner weiter zu beschäftigen, werden wir schon deshalb unterlassen, weil sie damit „Leben in ihre Bude“ erhalten wollen. Außerdem wird man ihnen auch verzeihen müssen, weil die Leute ihres Tuns unbewußt sind und täglich selbst mehr zur Einsicht kommen, daß sie für eine verlorene Sache gearbeitet und gekämpft haben.

Ettlingen (Baden). Seit Jahren sind hier einige Kollegen eifrig an der Arbeit zur Ausbreitung unseres Verbandes. Die Erfolge dürften allerdings größer sein. Das wurde in unserer letzten Versammlung auch seitens unseres Bezirksleiters im Anschluß an dessen Berichterstattung von der Generalversammlung mit Recht betont. Immerhin seien die ungenügenden Erfolge aber nicht allein auf die zu geringe Regsamkeit der Kollegen zurückzuführen. Wenn, wie es in Ettlingen möglich und vorgekommen sei, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftler im katholischen Arbeiterverein die christlichen Gewerkschaften beschimpfen dürften als „Arbeiterverächter“, ohne seitens der Zeitung ernstlichen Tadel und Zurechtweisung zu ernen, dann sei das nicht zu verwundern. Ueberhaupt sei die schwankende, mit den Grundsätzen der katholischen Arbeitervereine nicht zu vereinbarende Haltung dieses Vereins eher eine indirekte Pflanzstätte grundsätzlicher Elemente, die eher für den Sozialismus, als für die Erstarkung der christlichen Arbeiterbewegung reif würden. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände zu gleicher Zeit Vorstandsmitglieder des Vereins seien. Diese Tatsache zeuge dafür, daß diese Mitglieder nur nach außen hin die Mitgliedschaft im katholischen Arbeiterverein als Relief benutzen, in Wirklichkeit und praktisch der Sozialdemokratie die Stützpfähle halten.

Der Einwand, sie seien schon zu lange Mitläufer, ist nicht haltbar. Denn auf christlicher Seite genau die leistungsfähigen Organisationskräfte bestehen. Außerdem zeige die Entschuldigungsverweigerung wegen eventueller materieller Vorübergehender Nachteile nicht dafür, daß jene Leute christliche Ideale pflegen, sondern genau so wie die Sozialdemokraten ihre materiellen und persönlichen Interessen über alles stellen. Allerdings haben wir noch Gelegenheit, auch außerhalb der konfessionellen Vereine gute, ideal veranlagte christliche Kollegen zu gewinnen. Das wollen wir in Zukunft mehr wie bisher betreiben. Mögen dann die künftigen Leiter der konfessionellen Vereine die Folgen ihrer Unachtsamkeit selbst tragen.

Wir werden auf dem Gebiete der Agitation schon unsern Mann stellen. Zumal uns die Genossen durch ihre unehrliche Agitation wieder zu Hilfe kommen, wenn sie, wie Herr Sauer das am 10. August in Karlsruhe in der Goethehalle tat, über Erfolge von Streiks und Lohnbewegungen berichten, die tatsächlich Niederlagen waren.

Unter diesen Umständen wollen wir, wenn es auch schwer fällt, für das weitere Erstarken unseres christlichen Metallarbeiterverbandes auch am heftigsten Platze den Mut nicht verlieren und rastlos weiterarbeiten.

Die Fleischsteuerung

macht sich gegenwärtig wieder in verschärfter Weise fühlbar. Vielen Arbeiterfamilien ist es tatsächlich bald unmöglich, noch Fleisch auf ihrem Tisch zu haben. Das ist ein Uebelstand, den alle Volkfreunde tief bedauern müssen.

Geradezu verwerflich aber ist die Agitation und Hege, die von der Sozialdemokratie mit der Fleischnot getrieben wird. Da sich diese Hege auch indirekt gegen die christliche Arbeiterbewegung richtet, gehen wir nachstehende Ausführungen des freisinnigen Abgeordneten **Naumann** aus Nr. 34 der „Hilfe“ wieder, worin dem Geschrei über den „Fleischwucher“ folgende sachliche Momente entgegen gestellt werden:

„Wenn der Liberalismus ausschließlich städtische Konsumanteninteressen vertreten will, dann kann er das ja tun; aber er wird darauf verzichten müssen, den kleinen Bauern, der nach seinen staatlichen Interessen durchaus zu ihm gehört, zurückzugewinnen. Dieser Gesichtspunkt der Agitation würde uns allein nicht bestimmen, in der Fleisch- und Viehfrage von einer Ueberspannung der Konsumantenfrage heute wie vor ein paar Jahren zu warten, wenn nicht auch sachlich ganz klar wäre, daß die gegenwärtige Fleischsteuerung keine künstliche Mache der Agrarier ist, sondern ein natürlicher Vorgang, der mit Hölzen und Sperrern fast garnichts zu tun hat. Sie beruht auf dem Schwanken der Futtermittelernie, auf dem Wachstum der Nachfrage, auf der bisher ganz unregelmäßigen Produktion des Fleisches. Der kleine Züchter kann den Markt nicht übersehen, und darum wechseln heute noch, von anderen Rassen weiter beeinflusst, Viehmangel und Viehüberproduktion. Die Dehnung der Grenzen würde auf die Preisgestaltung vermittelnd gar keinen Einfluß haben. Tatsächlich liegt es ja so, daß das Einfuhrkontingent, das 1902 Aufstand und Desterreich zugestanden wurde, noch gar nie seitdem erreicht wurde. Die Schweineinfuhr hat sich im Gegenteil in immer höher beschleunigten Grenzen bewegt, sei es, daß das ausländische Schwein für den deutschen Markt zu minderwertig war, sei es, daß es selber im Preise so hoch stand, daß der Transport sich nicht lohnte. Gerade eben erleben wir es ja, daß Desterreich selber eine Fleischnot hat, und daß man bräuben ein — nach dem Handelsvertrag gar nicht zulässiges — Ausfuhrverbot erörtert. Der Einfluß eines solchen Verbotes darf in keiner Weise überschätzt werden; das Ausbleiben der Einfuhr, die im ganzen gering ist, würde allerdings an einigen lokalen Märkten (München, Nürnberg) unangenehm wirksam werden. Es darf dabei nicht verkannt werden, daß der deutsche Viehbestand in den letzten Jahrzehnten ungeheuer gewachsen ist; wenn er sich in diesem Tempo weiter vermehrt und auch in der Qualität zuzunimmt, wird er auch den ganzen deutschen Bedarf decken können. . . . Wenn man, wie wir, das Volkssystem im ganzen für verkehrt hält und darum bekämpft, soll man aber doch nicht vergessen, daß es falsch und ungerecht ist, sich von Zeit zu Zeit einen einzelnen Berufsstand herauszufuchen und auf ihn den ganzen Zorn und die ganze Entrüstung zu werfen, weil auch seine Produkte in dem allgemeinen Teuerungspitze emporgelassen wurden. Darum sollen wir uns nimmermehr darauf einlassen, eine politisch unkluge und sachlich unbegründete Agitation gegen den viehzüchtenden Bauern einzuleiten. Das wäre gänzlich verfehlt.“

Dazu bemerkt die evangelische soziale „Arbeit“: „Daß der radikale Freisinn, dem Naumann angehört, und auf dessen Programmfahne der Freihandel sans phrase geschrieben steht, soviel ehrliche Einsicht in unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage hat, daß wenigstens in einem seiner Organe, in der „Hilfe“, eine sachliche und gerechte Beurteilung der gegenwärtigen Fleischnotfrage zu finden ist, kann uns nur freuen. Die „Hilfe“, ein unverdächtig Zeuge der Linken, steht doch nicht in dem Verdacht, „agrarisches“ zu sein; niemand ist für die Aufhebung der Agrarzölle, also auch der Viehzölle, energischer eingetreten, als Naumann noch zuletzt in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“. Es wäre nur zu wünschen, daß die freisinnig-demokratische Presse, besonders auch die sozialdemokratische, sich die Ausführungen der „Hilfe“ als Einleitung zu volkswirtschaftlichen Studien über die Fleischnot nutzbar machte. Die Stimme der „Hilfe“ wird aber von der freisinnig-sozialdemokratischen und sozialdemokratischen Presse stillschweigend übergangen werden, wie man es dort bisher mit allen unbequemen Meinungsäußerungen aus dem eigenen Lager gemacht hat.“

Die **Viertel-Dunderstern** Blätter, die auch ins rote Fleischsummelhorn tuten, haben diese Meukerungen Naumanns ebenfalls „übersehen“.

Literarisches.

Das deutsche Knappschafftwesen.

Eine Darstellung seiner Entwicklung und seines heutigen Standes, unter besonderer Berücksichtigung des Knappschafftwesens und des Wirkens der Knappschafftwereine in der Praxis — von **H. J. Busch**. — Preis im Buchhandel 1,50 Mark; für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 1 Mark. Köln 1910. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstraße 14.

Bücher hat es an einer zusammenfassenden und zutreffenden Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und praktischen Wirksamkeit des Knappschafftwesens gefehlt. Diesem Mangel will die vorliegende, 137 Seiten umfassende Broschüre abhelfen und wird den Zweck auch in Wirklichkeit erfüllen. Sie ist mit Fleiß und Sachkenntnis geschrieben und kann auch den vielen Hüttenarbeitern, die dem Knappschafftwesens unterstellt sind, zur Anschaffung und eifrigem Studium nur angelegentlich empfohlen werden. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle unseres Verbandes, Duisburg, Seitenstraße 19 zu richten.

Posadowsky als Sozialpolitiker.

Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses dargestellt von **Dr. Leopold v. Wiese**, Professor der Volkswirtschaftslehre an der kgl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1909. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstraße 14. 189 Seiten. Geschnitten gebunden. Preis 4 Mark. Für Mitglieder des Verbandes durch die Zentrale bezogen, zwei Mark.

Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gedrängter Kürze die sozialpolitischen Strömungen der letzten Jahrzehnte vor Augen und klärt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die selber, selbst sozialpolitischen Kreisen, fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher

Geschäftsbericht des christl. Metallarbeiterverbandes für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis Ende 1909. Preis 2 Mark, für unsere Mitglieder 50 Pf. Jeder Kollege muß im Besitz dieses inhaltvollen und lehrreichen Geschäftsberichts sein. Bestellungen sind an die Zentrale zu richten.

Sterbetafel.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 4. Sept. 1910, starb unser Kollege **Heinrich Tröschel** an Gehirnschlag.
Schwelm. Am 8. September starb unser Kollege **Emil Hilsman** infolge eines Unglücksfalles.
Es treue ihm Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Angsbürg. Samstag, den 17. September abends 8 Uhr Versammlung im Gasthaus „Zur Goldenen Kade“. Bezirksleiter, Koll. Wagner wird einen Vortrag halten.

Clebe. Donnerstag, den 22. September 7 1/2 Uhr abends, Außerordentliche General-Versammlung. Referent Koll. Franzen.

Dortmund-Dorf. Samstag, den 17. Sept., abends 6 1/2 Uhr, Versammlung bei Westmann.

Dortmund-Derne. Sonntag, den 18. September vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Nagel.

Dortmund I. Sonntag, den 18. Sept., vorm. 11 Uhr, Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62 1/2 mit Vortrag.

Duisburg-Beef. Sonntag, den 18. Sept., nachm. 5 Uhr bei Bübelen, Kaiserstraße, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Duisburg-Neudorf. Sonntag, den 18. Sept., abends 7 1/2 Uhr bei Kumpf, im oberen Saale, Bismarckstr., Mitgliederversammlung mit Frauen.

Duisburg-Rheinhausen. Sonntag, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr bei Reib, Bahnhofsstr., Mitgliederversammlung.

Duisburg-Weiderich. Sonntag, den 25. Sept. nachm. 4 Uhr bei Hagerlamp Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen Gora aus Reine.

Duisburg-Weiderich. Sonntag, 25. September, abends 6 1/2 Uhr bei Wesser. Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Düsseldorf-Beurath. Samstag, den 17. Sept. abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Lampenherf, Mittelstraße.

Düsseldorf-Bez. Oberbill. Sonntag, den 25. September vormittags 11 Uhr Bezirksversammlung im Lokale Ficker, Am Markt, Kölnnerstraße.

Düsseldorf-Neuf. Sonntag, den 18. Sept. nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Hermerden, Neufstraße.

Düsseldorf-Gerresheim. Sonntag, den 18. Sept. vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale „Zum roten Hahn“, Greulingerstraße.

Düsseldorf. (Klempner und Installateure.) Freitag, den 16. September abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Reuter, Ost- und Klosterstraßen-Ecke.

Düsseldorf-Ratingen. Samstag, den 24. Sept., abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Paus, Bahnstraße.

Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 25. Sept. vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Schulten, Dünklerstraße. Referent Kollege Reupke.

Eisenach. Samstag, den 24. Sept. abends 8 1/2 Uhr in der Stamba.

Essen Kleinewerke, Schloffer, Schmiede, Klempner. Samstag, den 17. September abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Alredushaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen Steele Kray. Samstag, den 17. September abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Freitag, Grenzstr. Kray.

Essen-Stadt. Sonntag, den 18. September, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Essen-Rellinghausen. Sonntag, den 18. September, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Köhne, Rellinghausen, Hauptstraße.

Essen-Mittenscheid. Sonntag, den 18. Sept., vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Wallney.

Essen-Mitteessen. Sonntag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokale Esser, Hammerstr.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 25. September, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Potthofer, Frohnhauserstraße.

Frankfurt a. M. Samstag, den 24. Sept., abends 9 Uhr im Neherthall, Langestraße. 29.

Freiburg, i. B. Samstag, den 17. Sept. abends 7 1/2 Uhr Versammlung im Gantebrau 3. Stock. Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Kleinhardt. Unterführung wird jetzt ausbezahlt bei Gg. Trinke, Kölnnerstr. 17 von 1/7—1/9 Uhr abends.

Gelsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 17. Sept. abends 8 Uhr bei Wasing.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 18. Sept. vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Gelsenkirchen-Neckendorf. Samstag, den 24. September, abends 6 1/2 Uhr bei Walter.

Gladbeck. Sonntag, den 25. Sept., nachm. 4 Uhr bei Kortpot (Christliches Gewerkschaftshaus).

Hamm (Osten). Sonntag, den 18. Sept., nachm. 5 Uhr, Versammlung bei Brinkhoff.

Hamm (Norden). Sonntag, den 18. Sept., vormittags 11 Uhr bei Voh, Versammlung mit Vortrag.

Hamm (Süden). Sonntag, den 18. Sept., nachm. 4 Uhr bei Heittemper.

Hamm (Heesen). Sonntag, den 18. Sept., vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Kleiff.

Hannover. Samstag, den 23. September, Versammlung im Arbeiterheim am Wall, Zimmer 1 u. 2.

Hattungen. Nächste Versammlung Mittwoch, den 21. Sept. abends 6 1/2 Uhr bei Wirt Friedr. Diergardt, auf dem Haldchen, Schulstr. 209.

Herdringen. Sonntag, den 18. Sept., morgens 10 1/2 Uhr Versammlung bei Wirt Müller (früher Lichte). Referent: Kollege Verhard.

Horst-Emscher. Sonntag, 25. Sept., vormittags 11 Uhr bei Dising.

Karlsruhe. Samstag, den 17. Sept., abends 7 1/2 Uhr Versammlung in der Meist. Seithel, Kaiserallee 27. Vortrag des Kollegen Schwan vom Holzarbeiterverband.

Mülheim-Styrum. Nächste Mitgliederversammlung Sonntag, den 25. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Lokale Beck. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gemütliche Unterhaltung, deshalb sind die Frauen freundlichst eingeladen.

Mülheim-Vroich. Sonntag, den 18. Sept., nachmittags 5 Uhr bei Hühle Mitgliederversammlung mit Vortrag.

München. Samstag, den 24. September, abends 8 Uhr im Wisnerygarten, Schillerstr. 16. Versammlung mit Vortrag über „Werben und Wesen der deutschen Arbeiterpolitik“. Referent: Kollege Brückner.

Nieheim. Sonntag, 25. Sept., nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung im Geselethaus. Die Festrede hat unser Zentralvorsitzender wieder übernommen. Die Kollegen der Umgegend sind freundlichst eingeladen. Festkarten Preis 25 Pf. sind im Festlokal zu haben.

Neustadt. Sonntag, den 25. Sept. 1910, Ausflug nach Mulsbach. Dort anschließend Versammlung bei Hofstätter. Abmarsch vom Strohmart punkt 2 Uhr. Die Kollegen werden ersucht vollständig zu erscheinen, auch die Kollegen der Jugendabteilung.

Oberhausen. Donnerstag, den 22. Sept., abends 8 Uhr im Lokale bei Kemmerling. Sonntag ist keine Versammlung.

Oberhausen-Sterkrade. Freitag, den 28. Sept., abends 6 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Lokale des Herrn Landwehr, Foltenerstr. 1. Unorganisierte mitbringen.

Reinscheid. Sonntag, den 25. Sept., vorm. 11 Uhr bei Frey Domann.

Regensburg. Samstag, den 17. Sept. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Jakobinerkirche. Referent Sekretär Wimmer.

Schwab-Gründ. Sonntag, den 2. Okt. abends 6 Uhr im Rath. Vereinshaus 10 jähriges Gründungsfest, wozu die Kollegen mit ihren Familien geladen sind.

Stuttgart-Cannstatt. Sonntag, den 18. Sept. 1910, Versammlung mit Vortrag im alten Saal in Cannstatt, vorm. 1/2 11 Uhr.

Solingen. Nächste Versammlung Samstag, den 24. Sept., abends 9 Uhr bei Borchhoff (neben dem Rathhaus).

Wasseralfingen. Sonntag, den 18. September, nachm. 4 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Koll. Neues z. Köhle. Bericht über die Knappschaffts- und Arbeiter-Ausschussfragen.

Wetter-Ruhr. Sonntag, den 18. September, morgens 11 Uhr bei Gustav Herberg Kaiserstr., Mitgliederversammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redner. Unorganisierte mitbringen.

Tüchtiger Metallformer u. Giesser

per bald in dauernder Stellung gesucht. Bewerb. mit Angabe früh. Tätigkeit, Lohnanspr. u. beif. von Zeugnisabschr. an **Aug. Dworzak & Co.** Armaturenfabrik Guben (Brandenburg.)

Solinger Stahlwaren.

Versende prima Stahlwaren:
6 Tafelmesser, 6 Gabeln ganz vernickelt für 3,50 Mk. — Dieselben schwarzes Gest, durchgehend, nur 4,50 Mk.
Rassiermesser 1,50, 1,80, 2.— u. 2,50 Mk.
Haarschneidemaschinen 3.—, 4,50, 5.— u. 6.— Mk. —
Taschenmesser, 2-Mingl, Korzieher, Silbervergoldet, Perlmuttergehälen 2.— Mk. — Komplette Rasiergarnitur 4,50 Mk.
Alles tabellose Ware. — Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. — Nichtgefallen, Geld retour.

Josef Eichel, Ohligs (Rhd.) Hausstrasse 22.